Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Preis S 5,-
P.b.b.

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

30. März 1978
3. Jg. Nr. 7

9. April: Zentrale Demonstration zum Parlament in Wien
Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf — Volksabstimmung!

Am Sonntag, den 9. April 1978, ist der Großaktionstag gegen das AKW-Programm. Aus ganz Österreich werden Menschen kommen, um gemeinsam zum Parlament zu demonstrieren und den Willen der großen Mehrheit des österreichischen Volkes kundzutun: Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. Jede andere Entscheidung des Parlaments wird nicht anerkannt! Volksabstimmung! Es ist nach der Demonstration vom Juni 77 und nach der Demonstration zum Ballhausplatz am vergangenen Nationalfeiertag der dritte zentrale Aufmarsch, zu dem die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner aufruft. Die bevorstehende Demonstration übertrifft in ihrer Bedeutung wohl alle bisherigen Aktionen: Der Beginn der Inbetriebnahme — laut Regierungsbericht August 1978 — ist offiziell noch nicht widerrufen, steht also nach dem Willen der Regierung knapp bevor. Um ihn politisch durchzusetzen, soll es nun im Mai die seit Sommer letzten Jahres immer wieder verschobene Parlamentsdebatte geben.

Der Plan zur Inbetriebnahme muß durchkreuzt werden. Eine starke öffentliche Meinung gegen den Parlamentsbetrug muß geschaffen werden. Die Forderung nach Volksabstimmung über die Inbetriebnahme muß erhoben und der Regierung und dem Parlament wie ein Gewehr an die Brust gesetzt werden. Das ist der Inhalt und Zweck der Demonstration am 9. April.

Die Demonstration soll stärker und entschlossener als die bisherigen Aktionen sein. Die Bedingungen dafür sind gut. Der Protest und Widerstand gegen das AKW-Programm nimmt nicht ab, sondern zu. Er nimmt zu vor allem unter den Bauern und anderen Werktätigen in den unmittelbar betroffenen Gebieten sowie auch in der Arbeiterklasse.

So hat ein erzürnter Bauer aus dem Tullnerfeld kürzlich auf einer Veranstaltung den Ausspruch getan: „Am liabsten nemat er einen großen Stecken, foarat nach Wien hauat ihn denen im Parlament um den Schädel." Das ist keine einzelne Stimme, das ist die Meinung, die sich unter den Bauern des Tullnerfeldes in letzter Zeit rasch verbreitet hat, was auch in der Bildung einer eigenen Bürgerinitiative seinen Ausdruck gefunden hat. Am Bauplatz des zweiten AKW, in St. Pantaleon, steht seit einer Woche der Wetterturm nicht mehr — auch ein Ausdruck des Protestes gegen das AKW-Programm. Aus dem Waldviertel schließlich erreichen uns Meldungen über neue Probebohrungen hinter Schutzwällen von Gendarmerie und Bundesheer.

Fortsetzung auf Seite 3

Die zionistische Aggression wird am palästinensischen Widerstand scheitern!

„Wir werden der PLO die rechte Hand abhacken" — mit diesem Schlachtruf begleitete der zionistische Ministerpräsident Begin die Invasion zionistischer Besatzungstruppen in den Süden Libanons vom 14./15. März. Der zionistische Kriegsminister Weizmann erklärte, die Okkupation werde erst nach der völligen Ausrottung des palästinensischen Widerstandes abgeschlossen sein.

Dieser neuerliche Akt zionistischer Aggression hat in aller Welt breiteste Empörung hervorgerufen. Auf einer pressekonferenz am 16.3. erklärte der Vertreter der PLO bei den internationalen Organisationen, Ghasi Hussain: „Durch Invasion, Okkupation und Schaffung von Tatsachen versuchen die israelischen Machthaber, ein Groß-Israel vom Nil bis zum Euphrat schritteweise dem Endziel näher zu bringen. Diese Invasion ist eine weitere grobe Verletzung der Völkerrechtsprinzipien, der UNO-Charta, der Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon und eine Fortsetzung des organisierten Völkermordes an den Palästinensern." Geschlossen haben die arabischen Staaten diesen neuen zionistischen Aggressionsakt als Fortsetzung der bisherigen Politik des Zionismus und als „Völkermord" verurteilt. Einige arabische Führer haben die Reaktivierung der Arabischen Liga gefordert.

Allen voran hat aber das palästinensische Volk, dem Aufruf von Yassir Arafat folgend, den Kampf gegen die Invasoren und zur Verteidigung des für den palästinensischen Widerstand wichtigen Gebietes aufgenommen. Die PLO hat sich auch dadurch als Führerin des palästinensischen Volkes erwiesen, daß sie rechtzeitig die palästinensischen Flüchtlingslager im Südlibanon evakuieren ließ und damit ein größeres Massaker an der Zivilbevölkerung verhinderte. Die palästinensischen Kämpfer haben sich in das Bergland zurückgezogen und führen dort gemeinsam mit den libanesischen Linkskräften erfolgreich den Kampf gegen die Besatzer. Von Kontrolle der Zionisten im Süd-Libanon kann nach zehn Tagen „Erfolgsmeldungen" keine Rede sein. Die Zionisten selbst mußten zugeben, daß sie das Gebiet „geographisch" kontrollieren, „daß es aber noch drei bis fünf Jahre dauern wird, bis der Widerstand gebrochen sein kann." Unterstützt wird der bewaffnete Kampf durch ständige Massenaktionen im besetzten Gebiet, vor allem im Westjordanland, wo die palästinensischen Massen tagtäglich gegen die zionistische Besatzung auf die Straße gehen.

Die beiden Supermächte benutzen den Zionistenstaat gegen die Völker

Die Invasion selbst hat einmal mehr das wahre Wesen des Zionismus enthüllt. Seit 30 Jahren hält der zionistische Kolonialstaat arabisches Territorium besetzt, bedroht er die arabische Nation und wird er von den Imperialisten als Speerspitze gegen den nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker eingesetzt. Heute sind es die beiden Supermächte, die sich dieses Mittels bedienen, um in diesem Raum strategische Positionen in ihrem Ringen um Welthegemonie zu erringen. Heute versuchen sie auch mit allen Mitteln, dieses künstliche kolonialistische Gebilde am Leben zu erhalten und durch einen imperialistischen Raubfrieden gegen den Ansturm der palästinensischen Revolution abzusichern. Besonders die letzten Monate waren dadurch gekennzeichnet, daß der US-Imperialismus im Schatten der Sadat-Reise versuchte, ein Separatabkommen unter seiner Oberhoheit durchzusetzen. Während der Sonderbeauftrage Atherton in seiner

Fortsetzung auf Seite 2

Spendenkampagne des KB Österreichs: 1 Million Schilling für den Parteiaufbau!

Mit der letzten Nummer des „Klassenkampf" ist eine große Spendenkampagne des Kommunistischen Bundes Österreichs angelaufen, die bis zum Jahresende 1 Million Schilling für den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei in Österreich bringen soll. Konkret steht das Ziel, bis Ende Juli die ersten 500.000 Schilling aufzubringen, bis Ende Dezember die zweiten 500.000 Schilling. Das Geld soll die Anschaffung eines leistungsfähigeren Fotosatzsystemes und einiger anderer, für den nationalen Aufbau des KB notwendigen technischen Einrichtungen ermöglichen.

Ein leistungsfähigeres Fotosatzsystem ist eine der materiellen Voraussetzungen für die Umstellung des „Klassenkampf" vom heutigen 14-tägigen Erscheinen auf wöchentliches Erscheinen. Diese Umstellung ist eine wichtige Kampfaufgabe beim nationalen Aufbau des KB und bei der Schaffung der Voraussetzungen für die Gründung einer neuen kommunistischen Partei in Österreich. Diese Umstellung ist für das nächste Jahr geplant und erfordert eine Reihe von politischen, organisatorischen und technisch-materiellen Vorbereitungen. Dazu gehört auch die Vervielfachung der Leistungsfähigkeit im Satz der Zeitung, die große Geldmittel erforderlich macht.

Wir sind zuversichtlich, daß diese Geldmittel aufgebracht werden können. Unser Ziel, der Parteiaufbau, zum Zweck der Vorbereitung und siegreichen Durchführung der sozialen Revolution der österreichischen Arbeiterklasse, liegt objektiv im Interesse der Arbeiterklasse und des Volks. Die Spendensammlung dient diesem Ziel. Wenn wir dieses Ziel aus dem Gang des Klassenkampfs erklären und unser revolutionäres Programm darlegen, werden ohne Zweifel Tausende von klassenbewußten Arbeitern und revolutionären Menschen es als ihr eigenes Ziel erkennen. Sie werden von dem Wenigen, was ihnen die Ausbeutung läßt, bereitwillig spenden, für eine Sache, die zur Beseitigung der Ausbeutung beiträgt. Sie werden aktiv dazu beitragen, den „Klassenkampf", den „Kommunist" und das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs im ganzen Land zu verbreiten. Das ist Aufgabe und Zweck unserer Spendenkampagne. Wir werden über ihre Entwicklung laufend berichten.

Zentrale Demonstration zum Parlament in Wien am 9.4. Treffpunkt 11 Uhr, Schwarzenbergplatz

Kundgebung Sa., 14–18 Uhr, Prater (Jesuitenwiese)

Abfahrtszeiten aus den Bundesländern mit Autobussen:

Graz:	Sa., 12 Uhr, Oper Sonntag, 6.45 Uhr, Oper
Klagenfurt/ Celovec	Sa., 8 Uhr, Bahnhof
Innsbruck:	Sa., 6 Uhr, Boznerplatz
Salzburg:	Sa., 10 Uhr, Mirabellplatz So., 5 Uhr, Mirabellplatz
Linz:	Sa., 13 Uhr, Hauptpl. So., 7 Uhr, Hauptpl.

Veranstaltung des Kommunistischen Bundes Sa., 8.4., 20 Uhr, Porrhaus, Wien IV.

Spendenkonto: PSK 2418.889 (KB Österreichs/Zentrale)

Plakate sowie Probenummern zur Propagierung des „Klassenkampf" und „Kommunist" können bei den Ortsgruppen des KB bezogen werden oder bei: KB Österreichs, 1042 Wien, Postfach 48

Klassenjustiz gegen Antiimperialisten

Geldstrafen für Parolen gegen Mondale-Vorster-Treffen in Wien

Die drei Antiimperialisten Helmut Hochwallner, Dieter Murawatz und Ilse Walch wurden kürzlich zu insgesamt S 11.500,- Geldstrafe verurteilt „wegen versuchter Anbringung einer Parole auf der Simmeringer Hauptstraße in Wien". Sie hatten mit dieser Aktion gegen die Einladung des amerikanischen Außenministers Mondale und des südafrikanischen Rassistenchefs Vorster durch die Bundesregierung im Mai vorigen Jahres protestiert.

Die österreichische Bourgeoisie, selber beteiligt an der imperialistischen Unterdrückung des Volkes von Azania, unterstützte mit dieser Einladung die Politik der USA, durch den Schwindel von sogenannten „Friedensbemühungen" die weltweite Isolation und den Untergang des südafrikanischen Kolonialregimes aufzuhalten.

Für entschiedenen Protest gegen diese Politik sorgten in ganz Österreich entschlossene Gegner des Imperialismus und Kolonialismus auf Kundgebungen und Demonstrationen.

„Höhepunkt war eine spontane Kundgebung am Josefsplatz, also vor dem Ort der Verhandlungen, zu der sich Menschen verschiedener politischer Ansichten und Gruppierungen einfanden. Daß es trotz Demonstrationsverbot und starkem Polizeiaufgebot zu dieser Willensäußerung kam, erschütterte Österreichs Offizielle in Mark und Bein. Die Antwort darauf sind Verurteilungen, wie im vorliegenden Fall, um die Protestbewegung einzuschüchtern.

Spenden mögen bitte auf das Konto des Komitee Südliches Afrika/Wien, Nr. 601 228 604 bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien überwiesen werden. Zahlungszweck angeben." (Aus dem Spendenaufruf des Komitees Südliches Afrika/Wien).

Keine Verfahren gegen AKW-Kundgebungsteilnehmer vor der sowjetischen Botschaft!

Wie wir bereits in der Nummer 4/78 berichteten, wurden während der Kundgebung gegen den Bau von vier Atomkraftwerken in der CSSR vor der sowjetischen Botschaft am 7.2.78 zwei Kundgebungsteilnehmer festgenommen und angezeigt. Die Anzeige lautet auf „Widerstand gegen die Staatsgewalt", weil die beiden angeblich dem Polizeieinsatzleiter, Oberst Müller, in den Weg getreten und ihn behindert hätten. Die Polizei schützte damals einen Photographen, der im Auftrag der Botschaft tätig war, die Demonstranten versuchten ihn abzudrängen.

Das Vorgehen der Polizei, die die Botschaft dicht abgeriegelt hatte, und den Fotographen schützte, während zur selben Zeit Kreisky in Moskau den Sozialimperialisten Hilfs- und Zulieferdienste für das sowjetische Atomprogramm anbot, bedeutet praktisch Hilfsdienste für die sowjetische Botschaft. Es stellt darüber hinaus einen weiteren Schritt dar bei dem Versuch, den Kampf gegen das imperialistische Atomprogramm der Regierung zu kriminalisieren. Oberst Müller war dabei mitten in die Kundgebung von mehr als 150 Menschen eingedrungen, um zwei Teilnehmer herauszugreifen, festzunehmen und anzuzeigen. Der Staatsapparat darf mit diesen Kriminalisierungsversuchen nicht durchkommen. Wir verlangen daher vom Staatsanwalt und vom Justizministerium, daß die Verfahren gegen die beiden Kundgebungsteilnehmer eingestellt werden.

Fortsetzung von Seite 1

Die zionistische Aggression wird am palästinensischen Widerstand scheitern!

Pendelmission die arabischen Staaten zur Anerkennung Israels zwingen wollte und immer die gleiche Antwort erhielt - ein Frieden könne nur auf Grundlage des Abzuges der Zionisten aus den besetzten Gebieten und des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes hergestellt werden -, rüsteten sie den Zionistenstaat laufend mit den modernsten Waffen auf.

Die Sozialimperialisten, deren Versuche, eine Genfer Konferenz zustande zu bringen, durch die Sadat-Reise im November zum Scheitern gebracht wurden, setzten alles daran, im ganzen Nahen Osten Unruhe zu stiften, um sich dann als „Friedensstifter" erneut anbieten zu können. Von ihrer Aggression am Afrikanischen Horn, über die gezielte Aufrüstung bestimmter arabischer Staaten bis hin zu heftigen Angriffen auf die ägyptische Regierung und heftigen diplomatischen Aktivitäten - wie einer Reihe von Moskaureisen arabischer Politiker - reichten ihre Versuche, Einfluß im gesamten arabischen Raum zu gewinnen. Obwohl die Spaltung unter den arabischen Staaten nicht völlig überwunden werden konnte, ist es den Sozialimperialisten nicht gelungen, die PLO auf eine „Genfer Friedenskonferenz" einzuschwören.

Im Gegenteil hat das palästinensische Volk unter der Führung der PLO seinen bewaffneten Befreiungskampf verstärkt. Die Massendemonstrationen im besetzten Westjordanland gegen die zionistische Siedlungspolitik haben den gesamten Februar nicht aufgehört. Besonders aber die Aktion einer Al Fatah-Einheit vom 11. März bei Tel Aviv hat den Zionisten mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß das palästinensische Volk den bewaffneten Kampf in ganz Palästina führt und zur Befreiung seines Landes entschlossen ist.

Unter den Schlägen der palästinensischen Revolution und angesichts der zionistischen Siedlungspolitik hat sich die Krise des Siedlerstaates wesentlich verschärft. International immer mehr isoliert, wird er von inneren Kämpfen erschüttert. In den letzten Monaten gab es eine Reihe von großen Streiks (z.B. der Hafenarbeiter)

Die zionistische Aggression wird scheitern

In dieser Situation muß die zionistische Aggression auf den Süden Libanons als „Flucht nach vorn" angesehen werden. Ihr Ziel war die Zerschlagung des palästinensischen Widerstandes im Süd-Libanon und die Errichtung eines von Zionisten und christlichen Milizen kontrollierten Gebiets. International sollte die Aggression die Positionen der Zionisten stärken und im Inneren sollte sie die jüdischen Massen verstärkt an den Siedlerstaat binden.

Trotz der Okkupation weiter Teile des libanesischen Küstengebietes, trotz der Vernichtung einiger libanesischer Dörfer und Städte haben die Zionisten ihr militärisches Ziel nicht erreichen können. Bürgerliche Kommentatoren befürchten vielmehr aufgrund der militärischen Lage im Süd-Libanon ein „Vietnam der Israelis".

Diese jüngste Entwicklung hat besonders die US-Imperialisten in eine schwierige Lage gestürzt. Obwohl sie ihren Brückenkopf im Nahen Osten ständig aufrüsten, sind sie angesichts der Schläge, die die Zionisten in den letzten Monaten einstecken mußten, an neuerlichen zionistischen Landnahmen nicht interessiert. Deshalb haben sie auch sofort versucht, durch einen UN-Sicherheitsratsbeschluß UN-Truppen in den Süd-Libanon zu entsenden, die sich an die Stelle der zionistischen Okkupanten setzen sollen. Die Entwicklung hat aber bisher gezeigt, daß auch dieses Manöver den Kampf des palästinensischen Volkes nicht verhindern kann. Auch versucht die Carter-Regierung, Begin durch eine solche zionistische Regierung zu ersetzen, die bereit ist, den amerikanischen Vorschlag eines Home-Lands für die Palästinenser im Westjordanland durchzusetzen.

Die Sowjetunion hat ihrerseits versucht, Verwirrung in die arabischen Staaten zu tragen. Im Gegensatz zu den Stellungnahmen der arabischen Regierungen, die die Aggression ihres gemeinsamen zionistischen Feindes einmütig verurteilten, schrieb die Pravda: „Die Lage im Nahen Osten hat sich in der ernsten Weise aufgrund der Handlungen der Aggressoren und der mit ihnen verbündeten arabischen Reaktion verschärft." Die Aggression sei eine Folge der kapitulantenhaften Politik einiger arabischer Führer. So versuchen die Sozialimperialisten, die sich ankündigende neue arabische Front gegen den zionistischen Feind bereits im Keim zu spalten. Sie hoffen, einer geschwächten arabischen Nation die Bedingungen eines „Genfer Friedens" aufzudrücken, auf den sie nach wie vor setzen.

Anerkennung der PLO durch die österreichische Regierung!

Die Verschärfung der Widersprüche im Nahen Osten hat auch die österreichische Bourgeoisie unter Druck gesetzt. Während Kreisky sich weigert, Truppen in den Südlibanon zu senden, die die Geschäfte der Zionisten verrichten sollen, bedauert er, daß die zionistische Aktion den Frieden gefährdet, der die Existenz Israels sichert.

Die österreichische Regierung, die sich immer mit „Friedensbemühungen" für den Nahen Osten hervortut und keine offen feindliche Haltung gegen die PLO einzunehmen bemüht ist, hat jetzt Gelegenheit, ihre wirkliche Haltung unter Beweis zu stellen. Darum darf sie angesichts der jüngsten zionistischen Aggression nicht herumkommen. Alle fortschrittlichen Kräfte müssen Druck auf die Regierung ausüben. Der Kommunistische Bund Österreichs hat sich mit einem Schreiben an die Regierung gewandt, in dem er die sofortige Erfüllung der folgenden Forderungen verlangt:

Verurteilung der zionistischen Aggression! Abbruch aller Beziehungen zu Israel! Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes!

Red.

Schluß mit den österreichischen Waffenexporten nach Israel!

Den offiziellen Beweis dafür, daß Österreich Waffen an den zionistischen Siedlerstaat in Israel liefert, erbrachte Bundesminister Rösch bei der Beantwortung der Anfrage des FPÖ-Wehrsprechers Josseck am 2.2.78 in der 84. Sitzung des Nationalrates.

Bei den erwähnten Waffen handelt es sich um Rohre für rückstoßfreie Panzerabwehrkanonen (rPAK), die nicht nur gegen Panzer, sondern etwa auch gegen befestigte Stellungen eingesetzt werden. Hergestellt werden die besagten Rohre in den „Tiroler Röhren- und Metallwerken" in Hall/Tirol. Die Rohre werden unter der Tarnbezeichnung „Pipelinerohre" mit Wissen der Regierung an die Zionisten geliefert.

Im Zusammenhang mit der seinerzeitigen „Staatsaffäre" wegen der Munitionstransporte nach Syrien, mutet die Gleichmütigkeit, mit der Rösch im Parlament, wo er sich unter seinesgleichen fühlt, über solche Verbrechen hinweggeht, mehr als sonderbar an. So unterstützt die SP-Regierung den reaktionären Kampf Israels gegen die PLO und die arabischen Staaten.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck:** Herr Bundesminister! Ich möchte bei der rPak bleiben. Da gibt es in Tirol eine Röhrenfabrik, die unter dem Titel Pipeline-Rohre rPak-Rohre nach Israel liefert. Israel erzeugt eine rPak-ähnliche Abwehrwaffe, und Österreich ist, glaube ich, am Überlegen, solche Waffen in Israel zu kaufen. Glauben Sie nicht, daß es günstiger wäre, wenn wir in Österreich so einen Erzeuger haben, diese Waffe gleich in Österreich zu kaufen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Rösch:** Das Amt für Wehrtechnik prüft diese Fragen. Es ist selbstverständlich, da gebe ich Ihnen recht, daß wir sie nicht im Ausland kaufen, sondern, wenn es möglich ist, sie im Inland zu erzeugen, sie dann im Inland beschaffen werden.

Aktionen gegen die israelische Aggression im Libanon

Bereits am 16. März, dem Tag des israelischen Überfalls auf den Südlibanon, führte der KB Österreichs kleine Kundgebungen durch.

Am 17. März, tags darauf, hatte der KB Österreichs zu weiteren Protestaktionen aufgerufen.

Unter den Losungen „Nieder mit der israelischen Aggression im Libanon!", „Es lebe der Kampf der PLO!", „Nieder mit den Feinden der palästinensischen Revolution, USA, Sowjetunion und Israel!", „Abbruch sämtlicher Beziehungen mit Israel durch die Bundesregierung!", zogen 320 Menschen in Wien zur israelischen Botschaft, die durch einen starken Polizeikordon abgeriegelt war. In einer Kundgebung vor der Botschaft wurde die Erklärung des PLO-Vertreters in Wien zu dem neuerlichen Verbrechen der Zionisten verlesen. Daran schlossen sich kurze Ansprachen eines Vertreters der auf der Demonstration zahlreich anwesenden arabischen Studenten und des Kommunistischen Bundes Österreichs.

Mit Liedern der palästinensischen Revolution und der Internationale wurde die Kundgebung beschlossen.

Ähnliche Aktionen fanden auch in Graz, Salzburg, Innsbruck, Linz und Klagenfurt/Celovec am selben Tag statt.

Am Wochenende nach dem israelischen Überfall fand in Knittelfeld eine Beratung von Vertretern der steirischen „Roten Falken" statt, wo eine Protestresolution gegen die israelische Aggression an die österreichische Bundesregierung verabschiedet wurde.

1000 Abonnenten für „China im Aufbau"!

Der Kommunistische Bund Österreichs führt in der Zeit vom 1. März bis 1. Mai eine Kampagne zur Gewinnung von 1.000 Abonnenten der Zeitschrift „China im Aufbau" durch. Bis 28.3., also nach vier Wochen, haben wir 340 Abonnenten gewonnen. Das ist wenig, und auch die Aufgliederung nach Ortsgruppen zeigt, daß wir hinter dem Notwendigen und Möglichen zurückliegen. Es wird erforderlich sein, die Aufgabe der Propagierung der Fortführung der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in China mit mehr Kräften und offensiver anzupacken, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

„China im Aufbau" ist eine Zeitschrift über den Aufbau des Sozialismus in China. Die Redaktion von „China im Aufbau" schreibt anläßlich der Nummer 1/78 zum Charakter und den bevorzugten Themen der Zeitschrift:

„Seit 29 Jahren hat China eine Menge Schwierigkeiten überwunden. Das arme und rückständige China verwandelte sich in ein sozialistisches Land, das gedeiht und sich gut entwickelt. Das erweckt in der ganzen Welt großes Interesse. Wie arbeitet und lebt das chinesische Volk? Wie sah die Vergangenheit Chinas aus? Was sind die heutigen Geschehnisse und Entwicklungstendenzen? Um diese und andere Fragen zu beantworten, werden wir spezielle Artikel und Interviews veröffentlichen. Dadurch wollen wir das Verständnis und die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern der ganzen Welt fördern und verstärken. Red.

„China im Aufbau"-Abonnements am 28.3.

Ortsgruppe Wien	120
Ortsgruppe Linz	34
Ortsgruppe Graz	54
Ortsgruppe Salzburg	18
Ortsgruppe Innsbruck	55
Ortsaufbaugruppe Klagenfurt/Celovec	15
Sympathisantengruppe Knittelfeld	5
Sonstige	39

„China im Aufbau" Nr. 1/78

Jede Nummer von „China im Aufbau" hat ein Schwerpunktthema. In der Nummer 1/78 ist es die Modernisierung von Wissenschaft und Technik".



Dschang Guo-liang, Held der Arbeit

Um China bis Ende des Jahrhunderts zu einem starken sozialistischen Staat aufzubauen, ist die Modernisierung von Wissenschaft und Technik erforderlich. Im Frühjahr wird in Peking eine Landeskonferenz der Wissenschaft abgehalten. Hier sollen Erfahrungen ausgetauscht sowie Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Arbeiter, Bauern und Soldaten, die Erfindungen und Neuerungen gemacht haben, gelobt werden

Im Artikel **„'Habenichtse' schaffen gemeinsamen Wohlstand"** berichtet ein Mitglied der Volkskommune Djiänming über den langen und harten Kampf um den sozialistischen bau auf dem Land. Meilensteine dieses Kampfes waren die 1949 von der KP Chinas eingeleitete Landreform („Das Land denen, die es bebauen"), der genossenschaftliche Zusammenschluß der kleinen Bauern im Jahre 1952 und der Kampf gegen die revisionistische Linie Liu-Schao-tschis, der die Genossenschaften auflösen wollte; schließlich der Zusammenschluß mehrerer Genossenschaften zur Volkskommune Djiänming und der Kampf um die Mechanisierung sowie die allseitige planmäßige Weiterentwicklung der



Volkskommune. **Im Bild die Brigade Hsipu.**

Das Interview **„Das Recht auf Gleichberechtigung und Autonomie für die nationalen Minderheiten Chinas"** anhand des Beispiels Innere Mongolei stellt die Bedeutung der „nationalen Gebietsautonomie" für die umfassende Möglichkeit der Entwicklung der Minderheit dar.

Im Bild ein Soldat der Mongolischen Grenzmilizpatroullie.

„China im Aufbau"

Einzelpreis S 7.--
Jahresabonnement S 35,--
Erscheint zweimonatlich

Zu beziehen über: Alois Wieser GesmbH, Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien.

Fortsetzung von Seite 1

Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf — Volksabstimmung!

An allen Fronten versucht die Regierung das AKW-Programm durchzusetzen, aber an allen Fronten entzündet sich der Widerstand. Es ist wichtig, den Kampf an allen diesen Fronten zusammenzufassen. — Auch dazu dient der 9.April.

Die Regierung hält mit Recht die Inbetriebnahme für durchsetzbar, solange sie Arbeiter gegen Bauern, die Masse der Lohnabhängigen gegen die werktätige Bevölkerung der unmittelbar betroffenen Gebiet ausspielen und das Volk entzweien kann. Dazu dient die sozialdemokratische Hetz- und Lügenpropaganda in Regierungs- und Gewerkschaftspresse. Aber diese Propaganda nimmt ja nur deshalb zu, weil sie immer weniger geglaubt wird. Die Zahl selbst der SPÖ-Mitglieder, die gegen die Inbetriebnahme sind, wächst, obwohl es starken Druck und Schikanen gibt. Am 12. März hat eine Gewerkschafterkonferenz österreichischer Atomkraftwerksgegner stattgefunden, an der sich über 30 Betriebsräte, Personalvertreter und ÖGJler beteiligten, und die den Zweck hatte, den 9. April von Betrieben und Gewerkschaften her vorzubereiten.

Die Konferenz hat über Fortschritte bei der Verbreitung des Widerstands in Betrieben und Gewerkschaften berichten können und ihrerseits dazu beigetragen, daß der Widerstand gegen das AKW-Programm in der Arbeiterklasse an Boden gewinnt.

Wenn sich Arbeiter und Bauern gegen das AKW-Programm zusammenschließen und im Kampf ausharren, kann die Regierung ihre AKW-Pläne begraben. Auch diesem Zusammenschluß von Arbeitern und Bauern sowie des ganzen Volkes — also auch der Jugend, der Soldaten, der Intellektuellen, der Hausfrauen und Pensionisten — wird der 9.April dienen.

Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt die Demonstration am 9.April mit voller Kraft und ruft auch alle mit ihm sympathisierenden Menschen, alle „Klassenkampf"-Leser, überhaupt alle, die mit der Forderung „Keine Inbetriebnahme — Volksabstimmung!" übereinstimmen, auf, am 9. April nach Wien zu kommen und sich an der Demonstration zu beteiligen sowie selbst alles zur aktiven Vorbereitung des 9. April zu tun.

Besser noch ist es, schon am 8. April nach Wien zu kommen. Am Nachmittag des Samstags führt die IÖAG zur Vorbereitung des Großaktionstages zwischen 12 und 18 Uhr eine Veranstaltung im Wiener Prater auf der Jesuitenwiese durch.

Um 20 Uhr findet am Samstag Abend im Porrhaus eine Veranstaltung des Kommunistischen Bundes Österreichs statt, unter dem Motto: „Der Imperialismus gefährdet Mensch und Natur — Wie kann die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf verhindert werden?", zu der alle Interessierten eingeladen sind.

Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf — Volksabstimmung!

Nieder mit dem Parlamentsbetrug! Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen!

Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter: Wer für das AKW entscheidet, muß weg!

Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol oder anderswo in Österreich! Weg mit dem Plan der Atommüllagerung im Iran! Annullierung des Vertrags mit der Wiederaufbereitungsanlage COGEMA in La Hague!

Kein AKW in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich! Sofortige Einstellung aller Bauvorbereitungen in St. Pantaleon!

Kein AKW an Österreichs Grenzen, nicht in Rüthi/Schweiz, nicht in der Tschechoslowakei, nicht in Marienberg-Rosenheim/BRD!

Kampf der imperialistischen Energiepolitik der österreichischen Regierung!

Unterstützung des Kampfes der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Naturreichtümer durch die Imperialisten!

Gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte auf dem Energiesektor!

Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur!

Gegen die wachsende Abhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten durch deren Uranlieferung und -aufbereitung!

Gegen das Finanzierungsprogramm der AKW-Politik der Regierung, gegen die Ausplünderung des Volkes durch Steuern und Stromtarife!

Schluß mit der Stützung der Stromtarife der Großkapitalisten durch das Volk! Weg mit dem gespaltenen Stromtarifsystem!

Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution!

Red.

Haushaltsstrompreiserhöhung am 1.4.

Praktisch geeinigt haben sich am 28. März die staatliche Elektrizitätswirtschaft und das Handelsministerium. Der Arbeitspreis für Haushaltsstrom wird ab 1. April um durchschnittlich 4,4% oder 5g teurer. Die Industrie hat noch einmal betont, daß für sie eine Strompreiserhöhung nicht in Frage kommt. Das hatte die Regierung ja auch nicht vor. Im Gegenteil. Für die Kapitalisten wird so der Strom noch billiger. Mit seiner Begründung, durch die Preiserhöhung die „Sparsamkeit fördern zu wollen", hat Staribacher angedeutet, daß der Arbeitspreiserhöhung auch eine entsprechende „Reform" der Grundpreise folgen soll, damit der Kapitalistentarif noch mehr vom Volk subventioniert wird.

Weg mit dem gespaltenen Stromtarifsystem!

Vorbereitung des Großaktionstages

Plakat der Gewerkschafterkonferenz

Ein von 34 Betriebsräten und anderen Gewerkschaftsfunktionären unterzeichnetes Plakat der „Gewerkschafterkonferenz österreichischer Atomkraftwerksgegner" an die Arbeiter, Angestellten, Beamten und alle Mitglieder des ÖGB" wurde veröffentlicht und kann zum Einsatz in Betrieb und Gewerkschaft angefordert werden über den Gewerkschaftsverantwortlichen der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, Roland Burger, Wiedner Hauptstraße 113/27, 1050 Wien, Telefon: 0222/55-68-273.

Veranstaltung Salzburger Lehrer

Am 10.3. fand in Salzburg eine Veranstaltung statt, die von etwa 30 Kollegen besucht wurde. Berichtet wurde von Resolutionen von 60 Lehrern aus Salzburg und der Bewährungshelfer, in denen vom ÖGB-Vorstand die Rücknahme seiner Erklärung für das AKW-Zwentendorf verlangt wird.

Flohmarkt der Bürgerinitiative trotz Polizeischikanen

Am 18.3. wurden im Innsbrucker Zentrum einen Informationskundgebung und ein Flohmarkt veranstaltet, Nachdem der Magistrat die Veranstaltung schon mit hohen Gebühren behindern wollte, wurde dann die polizeiliche Auflösung angedroht. Durch das entschlossene Auftreten und die Verbindung mit der Bevölkerung wurde dies vereitelt und ein Erlös von S 11.000,- zum Kampf gegen das AKW-programm erzielt.

Veranstaltung des Arbeitskreises Atomenergie Klosterneuburg

Etwa 100 Menschen, davon viele Jugendliche, einige Lehrer, Bauern aus der Umgebung sowie auch ein Gemeinderat, nahmen an der Veranstaltung gegen das Atomprogramm der Regierung teil.

Drei Veranstaltungen der Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke

fanden im März statt und wurden insgesamt von einigen Hundert Menschen besucht. Widerlegt wurden die Lügen der Regierung über das „sichere" AKW.

Regionalkonferenzen in Steiermark, Tirol und Vorarlberg zur Vorbereitung des 9.April!

Mitte März trafen sich Vertreter der Initiativen aus Graz, Knittelfeld und Feldbach. Leibnitzer, Gleisdorfer und Voitsberger Vertreter unterstützten die Landeskonferenz, die zum Großaktionstag aufrief und außerdem eine Demonstration am 13.4. in Graz beschloß.

Das Vorarlberger Aktivistentreffen setzte sich aus Vertretern aus Bludenz, Feldkirch, Dornbirn, Lustenau und Bregenz zusammen.

In Tirol beschlossen die beiden Innsbrucker Initiativen und die Gruppe aus Imst, eine gemeinsame Organisierung zum Großaktionstag. In Innsbruck findet am 4.4., um 17.30 Uhr (Maria Theresienstraße) eine Demonstration gegen das AKW-Programm statt.

> **„Initiativ"**
> Zeitung der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) Preis S 5,-
> Aus dem Inhalt der Nummer 1/78:
> Landeshauptmann Keßler zur Rede gestellt
> Interview mit Tollmann
> Zu beziehen über: Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG), Postfach 138, 1071 Wien.

Ein wichtiger Artikel zur Frage der Atomenergie

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse müssen beseitigt werden, um die Naturkräfte Kernenergie und Sonnenergie zum Nutzen der Menschen zu verwenden.

In: Kommunist 2/78.

Über die Maschinerie schreibt Karl Marx im „Kapital", daß sie „an sich betrachtet, die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt, den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt, ihn verpaupert." (Werke, Band 23, Seite 465)

Dafür ist die Entwicklung der nuklearen Technologie ein besonders schlagendes Beispiel.

Der Artikel weist zu Beginn nach, daß die Kernenergie eine neue Produktivkraft ist, die „ganz sicher in der einen oder anderen Form für die Energiegewinnung der Menschheit in Zukunft eine ganz hervorragende Bedeutung haben" wird.

Der Imperialismus, faulender Kapitalismus, hält die Entwicklung der neuen Energieressourcen hingegen künstlich auf. Obwohl die USA nach 1945 die Möglichkeiten für die Entwicklung der Kerntechnologie hatten, wurden sie so lange nicht genützt, bis Ende der 50er-Jahre die britische Konkurrenz sie dazu zwang. Aber auch dann wurden nur einige Standardtypen erzeugt, mit denen billig Energie erzeugt werden konnte, Forschungen einer besseren Nutzung von Spaltmaterial (im „Schnellen Brüter") sowie zur Entwicklung der Kernfusion und Nutzbarmachung der Sonnenergie wurden kaum betrieben.

Ungelöst sind die Beherrschung der starken radioaktiven Strahlengefahren und der Atommüllagerung, die deutlich zeigen, daß die kolossalen kapitalistischen Produktivkräfte danach drängen, aus den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse befreit zu werden, um sie beherrschen zu können. Was wir brauchen, schließt der Artikel, sind „nicht Lohnsklaven, sondern hochgebildete, verantwortungsbewußte Produzenten, nicht gesellschaftliche Anarchie, sondern bewußte, gesellschaftliche Planung, nicht Beherrschung der Menschen durch Gesetzmäßigkeiten der Natur und Gesellschaft, sondern bewußte Anwendung dieser Gesetze im Interesse der Menschheit. Nicht Kapitalismus, sondern Kommunismus."

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien. **Preis S 25,-**

AKW-Geschäft der VÖEST-Alpine: Zwentendorf als „Gesellenstück"

In der letzten Nummer der VÖEST-Werkzeitung (1–2/78) ist ein Artikel über das AKW Zwentendorf erschienen. Dort wird in seltener Offenheit eine der Triebkräfte offengelegt, warum das österreichische Finanzkapital dieses AKW bauen wollte, und jetzt hartnäckig für seine Inbetriebnahme eintritt.

Zwentendorf sollte so eine Art Ausstellungsstück sein, sollte beweisen, „in welchem Umfang und mit welchen Leistungen die VÖEST-Alpine im Bereich der Kernkraftwerkskomponenten tätig sein kann." (Dr. Sumereder, Verkauf Stahlbau).

Schon 1976 hätte es in Betrieb gehen sollen, wenn die Inbetriebnahme nicht dauernd durch die „immer neuen Sicherheitsauflagen" verzögert worden wären. Ein AKW, das nicht läuft, ist keine „Referenz".

Also: Österreich braucht ein AKW, damit die VÖEST international damit Reklame machen kann. Aus diesem Grund wäre der VÖEST sogar ein anderer Reaktortyp lieber gewesen: „Aus Referenzgründen wäre für uns ein Druckwasserreaktor günstiger gewesen." (Sumereder). Denn „vom Auftragsvolumen her bringt ein Sicherheitsbehälter für Druckwasserreaktoren mit einem Durchmesser von 56 Meter mehr als ein 27-Meter-Behälter wie der in Zwentendorf."

Selten wird so deutlich ausgesprochen: Das österreichische Energieprogramm ist unter anderem darauf ausgerichtet, die Chancen zu erhöhen, im internationalen Konkurrenzkampf der AKW-Hersteller um profitträchtige Aufträge kräftig mitzumischen.

Das Finanzkapital hat gewaltige Kapitalmassen im AKW-Geschäft angelegt: „Die Investitionen in Anlagen für die Kernenergietechnik im VÖEST-Alpine-Konzern beliefen sich bisher auf schätzungsweise mehr als eine halbe Milliarde Schilling" (VP-Nationalrat Wimmersberger in der ÖAAB-Rundschau). Diese Kapitalmassen müssen sich verwerten. Dazu müssen Aufträge herangeschafft werden. Die Finalbetriebe der VÖEST-Alpine wollen im Jahr 1978 „schätzungsweise zwischen 400 und 500 Millionen Schilling an Zulieferung für Kernkraftwerke im Rahmen von fast ausschließlich Exportaufträgen umsetzen" (Wimmersberger).

Die VÖEST-Alpine war und ist an einer Reihe von großen AKW-Projekten in Europa mit Lieferungen beteiligt, und rechnet sicher mit Zulieferaufträgen für die AKW in Spanien und Brasilien. Ebenso wird sie sich als Zulieferant für das Vorantreiben des sozialimperialistischen Atomenergieprogramms beteiligen.

Auch St. Pantaleon ist keineswegs aufgegeben: „Eine Stornierung dieses Baus hätte erhebliche Auswirkungen auf die Auslastung der betroffenen Betriebe." (Sumereder). (Und es hält sich hartnäckig das Gerücht, daß wesentliche Teile für das AKW St. Pantaleon bereits fix und fertig von der VÖEST hergestellt wurden.)

Das Finanzkapital besteht auf Verwertung des im AKW-Geschäft angelegten Kapitals — deshalb drängt es die Regierung zur raschen Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf.

> **Regierungsmaterialien, Gesetze und Abkommen über Atomkraftwerksbau und imperialistische Energiepolitik in Österreich**
> **106 Seiten Preis S 20,-**
> Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Me

Die Ist-Lohnforderungen der Gewerkschaftsführungen der Metallarbeiter, Industrieangestellten und Chemiearbeiter stehen nunmehr anscheinend fest. Bereits vor einiger Zeit hatte die Chemiearbeitergewerkschaft 7,8% gefordert. Dann folgten die Industrieangestellten mit 6%. Die Metallarbeitergewerkschaft hat noch keine Forderung offiziell bekanntgegeben, der ÖGB-Nachrichtendienst schweigt wie ein Grab, aber sie lanciert, daß ihre Forderung 6,5% beträgt. Nicht ohne jedesmal gleich hinzuzufügen, daß das natürlich nicht zu halten sei und vermutlich 4,5% oder etwas zwischen 4,5% und 5% herauskommen würde. Damit, mit der Fixierung der gewerkschaftlichen Forderungen, entsteht eine neue Situation für die Arbeiter und Angestellten, wenn sie ihre Interessen zur Geltung bringen wollen. Die Forderungen der Gewerkschaft stehen. Sie bedeuten die vollständige Erfüllung der Forderung der Kapitalisten, „unter der Inflationsrate abzuschließen". Das sind Forderungen, die selbst wenn sie in ihrer ursprünglichen Höhe durchgesetzt würden, nurmehr auf Lohnraubabschlüsse hinausladen könnten. Aber sie sind von vornherein nur als Sprungbrett nach unten, unter die 5% Marke gedacht. Die Taktik, die die sozialdemokratischen Führer in der Gewerkschaft durchsetzen wollen, ist die der kampflosen Kapitulation. Mit Haut und Haaren sollen sich die Arbeiter den Kapitalisten unterwerfen. Willig sollen sie sich ihren Lohnraubplänen beugen. Als im Winter die Textilarbeitergewerkschaft mit 4,8% abgeschlossen hat, wurde das als ungeheuerlicher Lohnraubabschluß empfunden. Die besonders tiefe Krise dieser Branche, aber auch die besondere Schwäche der Textilarbeiterschaft (hoher Frauenanteil, hoher Ausländeranteil, besonders schlechte wirtschaftliche Lage und daher Schwäche der Textilarbeiter, verhältnismäßig schwacher gewerkschaftlicher Organisierungsgrad, hohe Arbeitslosigkeit) hatte diesen Abschluß damals ermöglicht. Für die Metallarbeiter rechnete man mit einem Abschluß von 6% oder zwischen 5 und 6%. Jetzt sollen die Metallarbeiter anscheinend noch unter den Textilarbeiterabschluß hinuntergedrückt werden.

Und das nicht nur in puncto Höhe der Lohnforderung sondern auch in puncto Verschleppung des Abschlusses. Bei den Textilarbeitern wollten ihn die Kapitalisten um fünf Monate verschleppen, zwei davon haben sie durchgesetzt. Bei den Metallarbeitern hätte die Gewerkschaftsführung den unbefristet abgeschlossenen Kollektivvertrag per 31.März kündigen können. Aber statt einen neuen Abschluß per 1. April anzupeilen, verbreitet sie nach Kräften die Auffassung, daß vor dem 1. Juni mit Sicherheit nichts drin sei. In Wirklichkeit haben die Gewerkschaftsführer von sich aus erst den 1. Juni als Termin vorgeschlagen. Die Kapitalisten können zufrieden sein mit dieser Gewerkschaftsführung.

Die Kapitalisten haben die Gewerkschaftsführung vorgeschickt

Jetzt ist die Lage so: Die Gewerkschaftsführung hat gesprochen. Bei den Metallarbeitern zwar noch nicht offiziell, aber doch. Das Wort haben die Kapitalisten. Ihr „Angebot" ist fällig. Aber die Kapitalisten lassen sich Zeit. Sie lassen zuersteinmal die Gewerkschaftsführung für sich arbeiten, bevor sie selbst mit einem provokatorischen Angebot hervortreten. Diesbezüglich ist man seit dem „Angebot" von 2-4% bei den

tallarbeiterführung orientiert sich auf 4,5%-Abschluß

Textilarbeitern einiges gewöhnt. Unter diesen Umständen ist die absurde Situation entstanden, daß sich nicht die Arbeiter samt ihrer Organisation, mit der sie den Kapitalisten gegenübertreten sollten, der Gewerkschaft auf der einen Seite und die Kapitalisten auf der anderen, sondern die Arbeiter und die Gewerkschaft gegenüberzustehen scheinen. Und diese Situation hat ja auch das Wahre, daß die Gewerkschaftsführer tatsächlich die Geschäfte der Kapitalisten besorgen.

Ein weiteres Merkmal der gegenwärtigen Lage ist, daß die Gewerkschaftsführung zwar ihre Forderung verbreitet, aber sich mit der offiziellen Bekanntgabe Zeit läßt. Sie will die Stimmung unter den Arbeitern abtasten. Sie will abtasten, „was zu administrieren ist" (Benya). Es ist ja nicht gesagt, daß man einen Abschluß von der Preisklasse des Textilarbeiterabschlusses, wie man ihn vor drei Monaten für die Metallarbeiter noch für unmöglich hielt, heute durchsetzen kann. Zugleich läßt diese Taktik der Gewerkschaftsführung natürlich darauf hinaus, Unsicherheit unter den Arbeitern zu verbreiten, die „etwas tun wollen", und die Arbeiter zu demoralisieren. Man hat sich zwar noch gar nicht offiziell geäußert, „aber ein Abschluß mit viel mehr als 4,5% und früher als per 1. Juni ist sowieso nicht drin." So sollen die Arbeiter auf die offizielle Bekanntgabe einer empörenden Forderung und eines noch empörenderen „Angebotes" der Kapitalisten vorbereitet werden. Der „Kompromiß" von 4,5% wird heute schon propagiert, damit er dann als unvermeidlich erscheint und als etwas, „was zu erwarten war".

Dem zu erwartenden provokatorischen Angebot der Kapitalisten muß unmißverständlich geantwortet werden!

Der nächste Schritt wird sein, daß die Kapitalisten ein provokatorisches „Gegenangebot" unterbreiten. Darauf müssen sich die Arbeiter vorbereiten. Auf die zu erwartende Provokation müßte unmißverständlich geantwortet werden. In den Fabriken müßten Arbeiter, Betriebsräte, Jugendvertrauensleute, Gewerkschaftsfunktionäre diese Provokation zurückweisen. Dem Protest gegen dieses Angebot, wie auch gegen die Kapitulationspolitik der Gewerkschaft müßte Ausdruck verliehen werden. Das ist wichtig für den weiteren Gang der Dinge. Man kann dadurch die Gewerkschaftsforderungen nicht mehr aus der Welt schaffen. Aber man kann den Kapitalisten zu verstehen geben, daß die Arbeiter nicht auf sich herumtrampeln lassen. Und man kann den Kapitulationsspielraum der Gewerkschaftsführung einengen. Gegen den etwa von bedeutenden Teilen der Arbeiterschaft offen bekundeten Willen kann sie nicht auf 4,5% hinuntergehen. Den Reallohn halten kann man hinter den stehenden Forderungen nicht, und um sie zu revidieren, hat man nicht die Kraft.

Aber dem Reallohnabbau Grenzen ziehen kann man.

Die wichtigsten Forderungen sind nach wie vor: Keine Verschleppung! Für einen Mindestbetrag!

Daß die Abschlüsse zumindest um ein Vierteljahr verschoben werden sollen, haben die Kapitalisten schon im Herbst verkündet. Seither haben sie das überall durchzusetzen versucht, aber nicht überall ist ihnen das gelungen. Die Handelsangestellten z.B. konnten den Termin 1.1. halten, während die Kapitalisten den 1.4. durchzusetzen versuchten. Auch bei den Textilarbeitern sind die Kapitalisten mit ihrem ursprünglichen Plan zur Verschleppung um fünf Monate nicht durchgekommen. Es ist sehr schlecht, wenn bei den Metallarbeitern, Industrieangestellten und Chemiearbeitern (letztere haben einen 14-monatigen befristeten KV, der am 31.3. ausläuft) die Gewerkschaftsführung selbst der Verschleppung das Wort redet. Umso wichtiger ist es, daß dagegen aufgetreten wird. Es ist zweifellos möglich entsprechenden Druck zu erzeugen und eine Verschleppung der Lohnrunden in den Juni hinein oder noch länger zu verhindern.

Wichtig ist weiters, daß Forderungen nach einem Mindestbetrag erhoben werden. Gerade jetzt ist das wichtig. Nicht nur, weil sich ein Abschluß mit 4,5% abzeichnet und dies ohne Mindestbetrag für die schlechter verdienenden Kollegen netto fast gar nichts mehr und reallohnmäßig bereits beträchtliche Verluste bringen würde. Es ist auch so, daß gerade mit Mindestbetragsforderungen der bevorstehenden Provokation der Kapitalisten am besten entgegengetreten und der Kapitulationsspielraum der Gewerkschaftsführung eingeschränkt werden könnte. Auch dann, wenn es nicht gelingen würde, die Gewerkschaftsführung dazu zu zwingen, formell eine Mindestbetragsforderung zu erheben. Wenn jetzt eine Mindestbetragsforderung aufgestellt wird, dann um damit zu zeigen: Darunter wird nicht gegangen! Hier hat der Lohnabbau seine Grenze! Jede Mindestbetragforderung ist ein Baustein für den Aufbau der dringend notwendigen Abwehrfront gegen die 4,5%-Pläne.

Die Drohung mit der Arbeitslosigkeit

Die Drohung mit der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste ideologische Waffe der Kapitalistenklasse. Lohnverzicht oder Arbeitslosigkeit - vor diese Alternative werden die Arbeiter gestellt. In Wirklichkeit steht die Alternative ganz anders. Kampflose Hinnahme des Lohnabbaus, der Steigerung der Arbeitshetze, Zwangsurlaub und Kurzarbeit, Stillegung und Entlassungen, sowie der schlechten Situation der Arbeitslosen - das ist die eine Möglichkeit. Kampf um den Lohn und die Arbeitsbedingungen gegen Zwangsmaßnahmen wie Kurzarbeit und Zwangsurlaub, gegen Stillegungen und Entlassungen, sowie gegen die schlechte Lage der Arbeitslosen - das ist die andere Möglichkeit. Volle Unterwerfung unter die Kapitalisten oder Kampf gegen die Kapitalisten - das ist die Alternative. Je mehr man nachgibt, je mehr man „in Kauf nimmt", desto mehr Schläge steckt man ein, desto frecher werden die Kapitalisten. Zur Arbeitslosigkeit ist es nicht gekommen, weil die Löhne so hoch sind, sondern weil die kapitalistische Wirtschaft in eine Überproduktionskrise geschlittert ist. Deshalb hat der Lohnabbau, voriges Jahr als Wundermittel gegen die Krise gepriesen, auch nicht aus der Krise herausgeführt. Im Gegenteil sind sinkende Reallöhne und Vertiefung der Krise Hand in Hand gegangen. Die Krise kommt nicht von „hohen" Löhnen und daher kann man sie auch nicht mit niedrigen Löhnen kurieren. Das ist das erste, was man festhalten muß. Aus der Krise suchen die Kapitalisten mit allen Mitteln einen Ausweg. Dieser Ausweg ist Steigerung der Ausbeutung mit allen Mitteln und auf allen Ebenen. Sie wollen die Produktion mit möglichst wenigen Arbeitern zu möglichst niedrigen Löhnen bewerkstelligen. Sie wollen Lohnabbau und weiteren Abbau von Arbeitskräften. Je niedriger die Löhne, desto schwächer die Arbeiter, desto größer die Möglichkeit für die Kapitalisten, die Ausbeutung weiter zu steigern, und desto größer daher auch die Möglichkeit, noch weitere Arbeiter freizusetzen. Daß niedrige Löhne die Arbeitsplätze überhaupt nicht sichern, daß vielmehr eine schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter die Gefahr mit sich bringt, daß sie zum bloßen Ausbeutungsmaterial und zur bloßen Manövriermasse in der kapitalistischen Konkurrenz werden, davon können die Textilarbeiter ein Lied singen. Die Arbeiter können sich nicht aussuchen, ob sie lieber Lohnabbau oder Arbeitslosigkeit wollen. Sie können sich nur aussuchen, ob sie jeden Anschlag der Kapitalisten in Kauf nehmen oder sich dagegen zur Wehr setzen. Das ist das zweite, was man festhalten muß.

So oder so ist die Arbeitslosigkeit für Zehntausende eine Tatsache und für die ganze Arbeiterklasse eine Gefahr. Sie ist vor allem deshalb eine so große Gefahr, weil die Lage der Arbeitslosen sehr schlecht ist. Aus drohender Arbeitslosigkeit ist daher nicht der Schluß zu ziehen, daß man Lohnverzicht üben und die Lage der Arbeitslosen so lassen soll wie sie ist. Das legen einem die Kapitalisten und ihre Büttel in der Gewerkschaft nahe. Vielmehr müßten gerade auch im Zusammenhang mit den Kollektivvertragsverhandlungen Forderungen erhoben werden, die auf die Besserung der Lage der Arbeitslosen abzielen. Dafür keinen Finger zu rühren, aber mit der Arbeitslosigkeit zu drohen, das heißt das Werk der Kapitalisten verrichten.

Schwere Geschosse, unter anderem auch mit dem Zweck der Erstickung jeder Regung der Arbeiter bei den bevorstehenden KV-Verhandlungen, waren die Zwangsurlaube, Umschulungen, usw. bei der VÖESt-Alpine und den natürlich von solchen Maßnahmen betroffen, so z.B. VMW Möllersdorf. Welchen Charakter diese Maßnahmen tragen, wozu sie dienen, sieht man daran, daß bei den VEW, aber auch in der VÖEST die Zwangsurlaube Hand in Hand gehen mit einer beträchtlichen Überstunden- und Sonntagsarbeit. Einschüchterung, Rationalisierung, schrittweiser Abbau von Arbeitern - das sind die Zwecke und auch der Grund dieser Maßnahmen. So wie die Tatsache dieser Zwangsurlaube und Umschulungen seit Herbst 1977 den Mythos der Arbeitsplatzsicherung durch Lohnverzicht und Regierungspolitik angeschlagen hat — so ist diese jüngste Entwicklung sicherlich geeignet, den Arbeitern die Augen zu öffnen und den Widerstand gegen die Politik der Kapitalisten zu entfachen.

In den letzten Tagen hat der Direktor der Chemie-Linz-AG ebenfalls mit einem Verlust von 1.000 bis 1.500 Arbeitsplätzen gedroht, wenn nicht billigeres Erdgas zu bekommen wäre. Abgesehen vom Erdgas zielt dies zum jetzigen Zeitpunkt zweifellos auch auf die 7,8%-Forderung der Chemiearbeitergewerkschaft, die entschieden hinuntergedrückt werden und nicht „aus dem Rahmen tanzen" soll.

Einige günstige Bedingungen können von den Arbeitern und Angestellten genutzt werden

Die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführer wollen die Lohnraubabschlüsse reibungslos über die Bühne bringen. Das ist jetzt bereits bis zu einem gewissen Grad gescheitert. Es hat bereits Streiks und andere Aktivitäten gegeben. Bei König & Bauer in Mödling, bei den Austria Tabak-Werken, in Villach bei den ÖBB. Es ging um innerbetriebliche Fragen und es konnten Teilerfolge erzielt werden. Das hat die ganze Situation der Lohnrunden schon günstig beeinflußt.

Auf einer Wiener Betriebsrätekonferenz der Versicherungsangestellten mußten die Sozialdemokraten zittern, bis ihre Kapitulationspolitik noch einmal mit 73:40 Stimmen bei 10 Enthaltungen „gebilligt" wurde.

Große Schwierigkeiten, die Lohnraubpolitik durchzusetzen, gibt es gegenwärtig bei den Speditionsangestellten. Eine Versammlung der Speditionsangestellten in Wien hat soeben bekräftigt: Die Forderung bleibt 7%, mindestens aber S 450,- für 12 Monate. Die Durchführung einer Unterschriftenaktion für diese Forderung wurde beschlossen.

Vor etwa 14 Tagen hat eine Arbeiter-Betriebsräte-Konferenz der Gewerkschaft Handel-Transport-Verkehr beschlossen, in die nächsten Lohnverhandlungen mit einer einheitlichen Schilling-Forderung zu gehen.

Auch in der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie selbst regen sich Proteststimmen. So wurde Mitte März auf einer Sitzung der Frauensektion gegen den geplanten Verzicht auf einen Mindestbetrag protestiert. Jeder solche Schritt, jeder Protest, jede Aktion beeinflußt in einer günstigen Weise die Umstände, unter denen die Lohnrunden ablaufen. Nimmt man dazu, daß das „Angebot" der Kapitalisten eine wirkliche Provokation und eine Herausforderung sein wird, und daß auf der anderen Seite die Drohung mit der Arbeitslosigkeit zwar ein großes Druckmittel ist, aber andererseits das Argument, durch Lohnverzicht Arbeitsplatzsicherung zu betreiben, heute schon besser durchschaut werden kann und durchschaut wird - dann ist es absolut nicht sicher, daß die Pläne der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführer ohne weiteres aufgehen werden. Die Lage ist schwierig, aber es liegt viel Sprengstoff in den heurigen Lohnrunden.

Red.

Bisherige Abschlüsse der Lohnrunde 77/78

	KV-Erh.	Ist-Lohn-Erh.	Laufzeit
Handelsangestellte und -arbeiter	5,8 %	Gleichbleibende Überzahlung	12 Monate
Textilarbeiter	5,8 %	4,8 %	14 Monate
Versicherungsangestellte (Innendienst)	6 %		14 Monate
Bankangestellte	5,9 %		13 Monate
Kfm. Angestellte im Zeitungsbereich	7,5 %		18 Monate
Bekleidungsindustrie	5,8 %	5 %	
Graphisches Gewerbe	6 %	Gleichbleibende Überzahlung	
Kartonagen-, Papierkonfektions- und Wellpappearbeiter	5,7%	— " —	

Bekleidungsindustrie-KV: Lohnraub auf allen Linien

Am Donnerstag, 23.3. wurde der neue Kollektivvertrag für 26.000 Bekleidungsarbeiter abgeschlossen:

5,8% auf die Mindestlöhne, 5% Istlohnerhöhung - beides ab 1.Mai 78 ist das Ergebnis auf der Lohnseite. Die Abfertigungen werden ab 1.Juli 79 (!) den KV-Regelungen der Textilarbeiter angeglichen. Lakonisch heißt es in der Aussendung der Gewerkschaft, daß die „Forderung nach Entgeltfortzahlung während Betriebsversammlungen zurückgestellt" wurde.

Der letzte KV-Abschluß für die Bekleidungsarbeiter war am 31.1.77 und brachte damals eine einheitliche Erhöhung von 2.70 S auf die KV-Bezüge und von 3.00 S auf die Istlöhne. Sieht man die Geltungsdauer dieses KV vom 1.2.77 bis zum 1.Mai 78, so hatte er eine Laufzeit von 15 Monaten - was die Wirkung der Erhöhung weiter zusammenschmelzen ließ.

Schon voriges Jahr gab es großen Unmut unter den Bekleidungsarbeitern über den unzureichenden Abschluß. Die Bekleidungsarbeiter sind die niedrigst bezahlten Industriearbeiter Österreichs und ihre Löhne liegen knapp 30% unter den österreichischen Durchschnittslöhnen. Die nebenstehende Tabelle und die im Anschluß abgedruckten Kurzinterviews mit Arbeitern der Firma Steinbock zeigen greifbar, welches Ausmaß der Lohnraub durch den diesjährigen Abschluß für diesen Teil der Arbeiterklasse annimmt.

Das erste Angebot der Kapitalisten in dieser Lohnrunde lag bei 3% und zu Beginn der Verhandlungen forderten sie eine „Verschiebung des Abschlusses um ein Vierteljahr" (Österreichische Textilzeitung, Dezember 77). Um ihren Absichten Gewicht zu geben, setzten die Kapitalisten verstärkt die in der Bekleidungsbranche besonders hohe Arbeitslosigkeit als Drohmittel ein. Daß sie ihre Absichten fast vollständig durchsetzen konnten, ist das Ergebnis der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, die keinen Finger zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen rührt und ihrerseits heute die Arbeitslosen als „Argument" für die vollständige Preisgabe der Interessen der Arbeiter einsetzt.

Die Politik der Führung der Gewerkschaft Textil/Bekleidung/Leder während der gesamten Verhandlungsrunde war darauf ausgerichtet, jede selbständige Aktion von Belegschaften zu verhindern:

* Unter vollständiger „Geheimhaltung" gegenüber den Arbeitern begannen diese Lohnverhandlungen — soweit uns bekannt ist, wurde das gewerkschaftliche Forderungsprogramm in den Betrieben überhaupt nicht veröffentlicht. In der Gewerkschaftszeitung „TBL" (= Textil/Bekleidung/Leder) hat es die bürgerliche Gewerkschaftsführung fertiggebracht, über 3 Monate mit keinem Wort die Bekleidungslohnrunde direkt anzuschneiden! Völliges Stillschweigen gab es auch um die Verhandlungstermine und wurde bis zum Abschluß aufrechterhalten. In den meisten Fällen wußten die Arbeiter also nicht, ob, wann und worüber verhandelt wird.

* Das Forderungsprogramm, mit dem die Gewerkschaftsführung in die Verhandlungen gegangen ist, und das unsere Zelle gegenüber den Steinbockarbeitern veröffentlicht hat, war von Anfang an ungeeignet, den Reallohn zu verteidigen, sondern war vielmehr der Ausgangspunkt für weiteres Nachgeben

9% auf die Ist-Löhne und 11%-KV-Erhöhung waren Ausgangsforderungen, die sich nicht nach den Notwendigkeiten der Bekleidungsarbeiter richteten, sondern bereits weitestgehend den Absichten der Kapitalisten entgegenkamen. Daß bei solchen Forderungen von den schönen Worten der Gewerkschaftsführer nach „Angleichung an das Durchschnittslohnniveau" nichts mehr übrigbleibt, liegt auf der Hand. So verwundert einen nicht, daß die Verbreitung der gewerkschaftlichen Forderungen peinlichst vermieden wurde.

* Im Anschluß an den Textilabschluß und gerichtet an die Bekleidungsarbeiter, schrieb die TBL im Dezember 1977: „Für die noch offenstehenden Verhandlungen in unserem Bereich sei gesagt, daß dieses Ergebnis (der Textil-KV von 4,8% Ist-Erhöhung bei einer festgelegten Laufzeit von 14 Monaten, der Verf.) keineswegs Norm für die noch ausstehenden Verhandlungen ist." Was ist das anderes als der Versuch der Beruhigung der Bekleidungsarbeiter, die nach dem Lohnraub an ihren Kollegen in der Textilindustrie mit solch nichtssagenden Worten von selbständigen Schritten abgehalten werden sollten?

Insgesamt waren das äußerst ungünstige Bedingungen dafür, daß der anwachsende Unmut unter den Bekleidungsarbeitern sich in selbständigen Schritten einzelner Belegschaften gegen die Lohnraubabsichten der Kapitalisten äußern konnte.

In der Aussendung der Gewerkschaftsführung zur Bekanntgabe des Abschlusses in den Betrieben heißt es, daß das vorliegende Ergebnis „nach langen und schwierigen Verhandlungen erreicht werden konnte". Daß die Verhandlungen lange dauerten, und vom Zeitpunkt des Abschlusses bis zum Inkrafttreten des neuen KV noch 6 Wochen angehängt wurden, ist nicht abzustreiten und entspricht ganz den Verschleppungsabsichten der Bekleidungskapitalisten. Was an den Verhandlungen so „schwierig" gewesen sein soll, hat sich wohl mancher Bekleidungsarbeiter gefragt: Ergebnis und Angebot der Kapitalisten decken sich beinahe vollständig, von den Ausgangsforderungen der Gewerkschaft ist die Hälfte übriggeblieben.

Dieser Abschluß hat die Lage der Bekleidungsarbeiter weiter verschlechtert und zugleich ihren Unmut verstärkt. Der Zeitpunkt der Bekanntgabe dieses Ergebnisses — einen Tag vor den Osterfeiertagen — läßt darauf hindeuten, daß Kapitalisten und Gewerkschaftsführer Protestaktionen im Nachhinein fürchten und bewußt einen für die Belegschaften dazu ungünstigen Zeitpunkt festlegten. Vom Standpunkt der Arbeiter gäbe es allen Grund, deutlich die Ablehnung dieses Lohnraubs, etwa in Form einer Protestresolution, aufzuzeigen.

Zelle Steinbock/Ortsgruppe Innsbruck

Die Beispiele zeigen das Lohnniveau in der Bekleidungsbranche und was der neue Kollektivvertrag bringt. Viele Bekleidungsarbeiter, vor allem ausländische Kollegen, werden zu den KV-Mindestlöhnen bezahlt, wie sie hier angeführt sind. Angenommen wurde ein Monat mit 170 Arbeitsstunden und Arbeiter ohne Alleinverdienerfreibetrag/ohne Kinder: Die Spalte ganz rechts zeigt an, daß unter der Annahme von Erhöhungen in der Höhe der Ausgangsfoderungen der Gewerkschaftsführung der Reallohn nicht verteidigt hätte werden können.

Lohngruppe 3. Alle Maschinnäharbeiten, soweit nicht in anderen Lohngruppen angeführt.

	Lohn nach Erhöhung 1977	Lohn nach Abschluß 78 + 5,8%	Unter Annahme Erhöhung nach Gewerkschaftsforderung
KV-Stundenlohn	26,95	28.50	
Brutto	4.581,-	4.845,-	5.039,-
Soz.Versicherung	–637,-	–700,-	–728,-
Lohnsteuer	–216,-	–262,-	–300,-
Wohnbeihilfe	+30,-	+30,-	+30,-
Netto	**3.758,-**	**3.913,-**	**4.041,-**

Nettoerhöhung + 155,-

Lohngruppe 4. Arbeiten, die nach abgeschlossener Lehrzeit oder entsprechender Praxis und mit Fachkenntnissen geleistet werden können, z.B. Knopflochnäher.

	1977	Nach Abschluß 78, + 5%	Unter Annahme Erhöhung nach Gewerkschaftsforderung
KV-Stundenlohn	27,50	29,10	
Brutto	4.675,-	4.947,-	5.143,-
Soz.Versicherung	–650,-	–715,-	–743,-
Lohnsteuer	– 235,-	– 283,-	– 321,-
Wohnbeihilfe	+ 30,-	+ 30,-	+ 30,-
Netto	**5.820,-**	**3.979,-**	**4.109,-**

Nettoerhöhung + 159,-

Lohngruppe 9. Schwierige Arbeiten, zu deren Durchführung besondere Eignung und Fähigkeiten erforderlich sind, z.B. Abänderungsschneider.

	1977	Lohn nach Abschluß 78 + 5,8%	Unter Annahme Erhöhung nach Gewerkschaftsforderung
KV-Stundenlohn	30,40	32,20	
Brutto	5.168,-	5.474,-	5.685,-
Soz.Versicherung	– 718,-	– 791,-	– 821,-
Lohnsteuer	– 333,-	– 387,-	– 430,-
Wohnbeihilfe	+ 30,-	+ 30,-	+ 30,-
Netto	**4.147,-**	**4.326,-**	**4.464,-**

Nettoerhöhung + 179,-

Steinbock-Arbeiter zum KV-Abschluß:

Arbeiter, 55 Jahre, verheiratet, eingestuft als Facharbeiter in Lohngruppe für schwierige Arbeiten:

„Ich habe am Anschlagbrett des Betriebsrats vom KV-Abschluß gelesen. Heute bekomme ich S 5.000,- netto. Vergleiche ich diesen Lohn mit dem, was ich vor 10 Jahren verdient habe, hat er sich in Zahlen gesprochen verdoppelt: Damals verdiente ich ca. S 2.300,- im Monat. Heute kann ich mir aber mit S 5.000,- weniger leisten als damals. Damals zahlte ich ca. S 350,- für ein Zimmer, heute sind es S 1.000,-, die der Vermieter kassiert. Damals kostete ein Bier ca. S 2,30, heute bezahle ich im Geschäft S 6,-. Die jetzige Lohnerhöhung bringt gar nichts — ich schätze, daß grob gerechnet netto ca. S 1,40 herausschauen, das sind im Monat S 230 Lohnerhöhung. Du kannst Dir denken, daß da die Teuerung dem Lohn immer mehr davonläuft. Der Abschluß ist eine Gaunerei. Niemand hat uns etwas gesagt, was verhandelt wird . . . ."

Arbeiterin, 40 Jahre, verheiratet, 1 Kind, Näherin im Akkord.

„Der Betriebsrat hat das Ergebnis ausgehängt, vorher habe ich nichts von den Verhandlungen gewußt, außer was ihr in eurem Flugblatt geschrieben habt. Daß die Erhöhung erst ab 1. Mai gilt, ist eine Frechheit. Ich wurde neu gestoppt und verdiene jetzt netto S 35,- die Stunde. Vor den Stoppungen habe ich S 47,- bekommen. Wegen des niedrigen Lohns müssen wir immer schneller arbeiten und bei den Stoppungen rasseln wir dann herunter. Die KV-Erhöhung ist bei dieser Lohnsenkung ein Butterbrot. Für nicht einmal S 6.000,- macht man sich im Nähsessel kaputt. Wenn ich zum Arzt gehe oder mein Kind zum Arzt muß, verliere ich die Prämie." (Anmerkung: Es geht um eine Anwesenheitsprämie von S 500,- bei 100%iger Anwesenheit im Monat).

Arbeiter, 45 Jahre, verheiratet, Lohngruppe 6.

„Ich arbeite im Akkord. Der Abschluß ist eine Katastrophe. Es ist sehr schlecht und unverständlich, daß die Lohnrunden so aufgesplittert sind, wo die Textilarbeiter, die Bekleidungsarbeiter und die Lederarbeiter in der gleichen Gewerkschaft sind. Für alle Arbeiter dieser Gewerkschaft sollte gleichzeitig und einheitlich verhandelt werden. Letztes Jahr haben wir einheitlich S 3,- bekommen (auf die Ist-Löhne), das war nicht viel, aber noch halbwegs eine Erhöhung. Heuer schaut für mich brutto ca. die Hälfte heraus, netto wird die Erhöhung nicht viel mehr als 70 g ausmachen! Das ist eigentlich keine Erhöhung mehr, während alles immer teurer wird und der Androsch uns die Gurgel abschneidet. Dabei müssen wir noch aufpassen, daß die Akkordarbeiter nicht von der Geschäftsleitung übers Ohr gehauen werden. Letztes Jahr haben sie die Erhöhung auf den Gesamtlohn gegeben und nicht in den Akkordsatz eingerechnet. Ich weiß nicht, ob das gegen den Kollektivvertrag ist..."

Steiermark: Kapitalisten drohen mit Umschulungen, Kündigungen und Arbeitslosigkeit

VEWKapfenberg/Kindberg/Judenburg: Schon seit längerem gibt es in Kapfenberg und Kindberg Aufnahmestop und Umschulungen. Nun steht die Schließung des Stahlwerks im VEW-Werk Judenburg bevor. Begründung: Schlechte Auftragslage und „Strukturverbesserungen" im VÖESt-VEW-Konzern. 250 Arbeitsplätze sind davon betroffen.

Bauknecht Rottenmann: Die Firmenleitung will für alle 1.000 Beschäftigten Umschulungen durchsetzen. Begründung: Schlechte Auftragslage. Verhandlungen mit dem Betriebsrat wurden aufgenommen.

Waagner-Biró Graz: Die Firmenleitung will Zwangsurlaub für 170–200 Arbeiter. Begründung: Schlechte Auftragslage. Betriebsratsobmann Premsberger (SPÖ) hat sich bereits grundsätzlich damit einverstanden erklärt und sich auf den Standpunkt der Unternehmensleitung gestellt. Weiters hat er einmal mehr erklärt, schuld an der schlechten Auftragslage seien die Atomkraftwerksgegner (Waagner-Biró produziert AKW-Bestandteile).

Das sind die hervorstechendsten Nachrichten, die zur Zeit in der Steiermark in den bürgerlichen Massenmedien über die wirtschaftliche Lage breitgetreten werden. Sie werden ergänzt durch Schließungsdrohungen bei der Papierfabrik Weißenbach/Enns, Konkurse verschiedener steirischer Baufirmen sowie der Oststeirischen Handelskette Hallamayr, wovon jedesmal Hunderte Arbeiter und Angestellte betroffen sind.

Die Kapitalisten und ihre Lohnschreiber in den bürgerlichen Massenmedien kommen angesichts dieser Entwicklung daher und reden vom „Rücksichtnehmen auf die Wirtschaft", was jetzt notwendig wäre, von notwendigen „Lohabschlüssen unter der Inflationsrate", usw. Es ist kein Zufall, daß die Kapitalisten gerade jetzt so entschieden ihre „schlechte Lage" ins Treffen führen und die Arbeiter so einschüchtern und unter Druck setzen wollen. Sie wollen angesichts der eingeleiteten Verhandlungen über den Metallarbeiter-Kollektivvertrag die Arbeiter vom Kampf gegen den geplanten Reallohnabbau abhalten mit dem Argument, die wirtschaftliche Lage ist schlecht, siehe Rottenmann, usw., die Arbeitslosigkeit ist hoch (in der Steiermark zur Zeit 5%), sie könnte noch weiter steigen – daher Rücksicht und Verzicht, damit sich die Wirtschaft wieder erholen kann.

Das ist freilich eine plumpe Falle: Erstens kommt die Krise nicht von den hohen Arbeiterlöhnen, sondern ist eine gesetzmäßige Erscheinung des Kapitalismus, und zweitens ist die vom Kapitalismus hervorgebrachte Arbeitslosigkeit weder ein Grund für Lohnverzicht, noch ein Grund, die schlechte Lage der Arbeitslosen hinzunehmen. Vielmehr ist sie ein Grund, um außer dem Kampf um den Lohn auch den Kampf um den notwendigen Schutz für den Fall der Arbeitslosigkeit zu führen- Wir schlagen dafür die Forderung „Arbeitslosengeld 80% vom Lohn" vor.

Ortsgruppe Graz

KV-Abschlüsse

Graphisches Gewerbe.

Mit Wirksamkeit vom 1. April werden die kollektivvertraglichen Arbeiterlöhne im graphischen Gewerbe um 6% erhöht. Die Ist-Löhne werden um denselben Schillingbetrag erhöht, d.h. die bestehenden Überzahlungen bleiben gleich.

Gleichzeitig wurde der Abfertigungsanspruch der Arbeiter im graphischen Gewerbe erhöht. Die Höhe der Abfertigung beträgt nun nach zehn Dienstjahren vier, nach fünfzehn sechs, nach zwanzig acht, nach fünfundzwanzig zehn und nach dreißig Dienstjahren zwölf Gesamtwochenlöhne (bisher 3½, 4, 6, 8, bzw. 10 Wochenlöhne.)

Gleichartige Regelungen wurden auch für Expeditarbeiter, Redaktions- und Verwaltungsgehilfen, Zusteller und Austräger abgeschlossen. Die Laufzeit der Abschlüsse wurde nicht festgelegt.

Papierverarbeitende Industrie.

Für die Arbeiter der papierverarbeitenden Industrie (Buchbinder, Kartonagen-, Papierkonfektions- und Wellpappearbeiter) wurde rückwirkend mit 27. Februar bzw. mit 1. Jänner 1978 eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 5,7% abgeschlossen. Die Ist-Löhne werden um denselben Schillingbetrag angehoben. Der Schichtzuschlag und die Leistungslöhne wurden neu geregelt.

Wien: Angriff auf Gehälter der Bewährungshelfer

Auf großen Unmut der Kollegen bei der Bewährunshilfe stieß die Ankündigung des Justizministeriums, in der nächsten Zeit die Reisegebühren zu streichen. Das Ministerium will dazu eine diesbezügliche Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zum Anlaß nehmen – im Rahmen der allgemeinen Einsparungspolitik. Der „Zufall", daß gerade jetzt von einem Höchstgericht eine solche Entscheidung gefällt wird, wirft ein bezeichnendes Licht auf diese Art von Gerichtsbarkeit und zeigt deutlich, in wessen Diensten sie wirklich steht.

Der Unmut der Kollegen ist sehr groß, da diese Gebühren, die seit 13 (!) Jahren anstandslos bezahlt wurden, faktisch ein wesentlicher Teil des Gehalts sind; so gesehen machen sie mit durchschnittlich bis zu 1.500.- monatlich mindestens 15% des Gehalts aus, welcher chnedies (durch die Lohnraubabschlüsse im öffentlichen Dienst, Teuerung und durch die ständig steigenden Spesen, die bei der Dienstverrichtung anfallen) laufend geschmälert wird. Jetzt soll auch noch die Reisetätigkeit aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Das Ministerium räumt dazu zynisch ein, es werde „niemand böse sein", wenn die Streichung „mit Hilfe der besten Anwälte" beim Verwaltungsgerichtshof angefochten werde. Es verfolgt damit den Plan, den Widerstand der Kollegen auf eine bürokratische Ebene zu lenken, auf deren negative Entscheidung er sicher rechnen kann. Demgegenüber können die Kollegen nur im Vertrauen auf eigene Kampfschritte die Streichung verhindern.

Diese Auffassung setzte sich auch in einer ersten, spontan einberufenen, Versammlung durch, wo beschlossen wurde, einer Dienststellenversammlung ebensolche Kampfschritte (z.B. Blockierung der Zentrale) vorzuschlagen. Es wird nun vor allem darum gehen, allen Spaltungs-, Einschüchterungs- und Beschwichtigungsversuchen entgegenzutreten und ein klares Kampfprogramm aufzustellen.

Karl Marx: Lohn, Preis und Profit

In seinem 1865 verfaßten Vortrag beantwortet Marx folgende Fragen: Wodurch werden die Warenpreise bestimmt? Wodurch wird die Höhe der Arbeiterlöhne bestimmt? Woher stammen die Profite der Kapitalisten? Mit der Beantwortung dieser Frage stellt Marx die Grundgedanken seiner ökonomischen Lehren in kurzer Form dar. Gleichzeitig zeigt er die Bedeutung der Gewerkschaften im Kampf der Arbeiterklasse auf.

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. (....) Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems."

88 Seiten Preis S 3,30

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Versammlung von Wiener Speditionsangestellten
Starker Unmut über Verschleppung der KV-Verhandlungen

Am Donnerstag, den 16. Mai, fand in Wien eine von der Fachgruppe Speditionsangestellte einberufene Versammlung statt, an der mehr als 200 Kollegen teilnahmen.

Die führenden Gewerkschaftsfunktionäre wollten die Versammlung als bloße Informationsquelle über die Stimmung unter den Speditionsangestellten nach der Unterbrechung der KV-Verhandlungen verstanden wissen. Das ist ihnen nicht gelungen. In zahlreichen Wortmeldungen wurden die Kapitalisten mit ihrer Verschleppungstaktik angegriffen und auch die laxe Verhandlungsführung der Gewerkschaftsvertreter kritisiert. Große Zustimmung fanden die folgenden Forderungen, die unter anderem bereits von den Betriebsräten der Spedition Express und den Städtischen Kühlhäuser beschlossen wurden.

Kein Abschluß unter 6%, mindestens S 450,-! Geltungstermin rückwirkend ab März! Beibehaltung der Überzahlung!

Der Fachgruppenausschuß wurde beauftragt, mit diesen Forderungen eine Unterschriftenaktion bei allen österreichischen Speditionsangestellten durchzuführen.

Scharf zurückgewiesen wurde auch der Versuch der Fachgruppensekretärin Schaffhauser, den angeblich so geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Speditionsangestellten als Grund für eine nachgiebige Haltung des Verhandlungskomitees hinzustellen. Viele Kollegen berichteten über den starken Unmut und die gestiegene Kampfbereitschaft gerade in den mittleren und kleinen Speditionen. In der anschließenden Sitzung des Fachgruppenausschusses haben sich dann die führenden Sozialdemokraten glatt über den Auftrag der Kollegen hinweggesetzt. Die Unterschriftenaktion soll erst dann begonnen werden, wenn nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am 5. April „neue Schwierigkeiten auftauchen sollten."

Das Programm des KB Österreichs zur Frage des technischen Fortschritts im Kapitalismus

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs erhältlich in deutsch und slowenisch

Preis S 5,-

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

„Hand in Hand mit der durch die Konkurrenz vorangetriebenen Konzentration und Zentralisation des Kapitals entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. So steigt die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit gewaltig.

Aber alle Vorteile dieser Entwicklung werden von den Kapitalisten usurpiert und monopolisiert, sodaß alle Mittel zur Entwicklung der Produktion sich für den Arbeiter in zusätzliche Mittel seiner Ausbeutung und Unterdrückung verwandeln. Sie verstümmeln ihn in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, machen die Arbeit zur Qual und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten."

Vortrag von Prof. Machlup in Wien:

Theorie für die Politik des Lohnabbaus

Prof. Machlup ist ein Wirtschaftswissenschafter, der heute in den USA lebt, und dort von verschiedenen Regierungen als Berater bezahlt worden ist. Er stammt aus Österreich und hat hier bereits zur Zeit der Weltwirtschaftskrise als Ökonom auf der Seite der Bourgeoisie gearbeitet. Seine theoretischen Anschauungen haben sich seit damals wohl kaum geändert.

Vor einigen Wochen wurde er von der Regierung mit dem „Großen Silbernen Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreichs" ausgezeichnet. Aus diesem Anlaß hielt er in der Creditanstalt vor Politikern, hohen Beamten, Kapitalisten und professoralen Quacksalbern einen Vortrag über die heutigen Probleme der kapitalistischen Wirtschaft. Seine Anschauungen wurden nicht zufällig, wie wir sehen werden, in Rundfunk und Presse gerne wiedergegeben.

Anfangs eine Zusammenstellung der wichtigsten Aussagen Machlups (Alle Zitate aus dem Referat oder aus der „Presse" vom 14. bzw. 16.2.):

Wie die Krise und die Arbeitslosigkeit zu überwinden sei:

„Die Relation zwischen Arbeitskosten und Warenpreisen muß so sein, daß die Unternehmer Interesse haben, Arbeiter für die Produktion einzustellen. Sie müssen Gewinne machen."

„Keine Lohnerhöhungen, bis die Arbeitslosigkeit vorbei ist."

Im besonderen zur Jugendarbeitslosigkeit:

„Die Jugendarbeitslosigkeit ist eine Folge der Mindestlöhne."

„Die zu einem immer größer werdenen Problem der Jugendarbeitslosigkeit komme laut Machlup daher, daß die Mindestlöhne über den Marktkonditionen liegen."

Zu den Möglichkeiten der Auswirkungen staatlicher Konjunkturpolitik:

„Die ganze Idee, Arbeitslosigkeit durch Geldausgeben zu bekämpfen, ist eine tragische Illusion, von der man abkommen muß."

„Ihnen zuzuhören, ist ein Genuß", sagte CA-Chef Treichl. Jedem aufrichtigen Menschen, der die Lage der amerikanischen und europäischen Arbeiterklasse gerade in dieser Zeit vor Augen hat, der sich nicht loslöst von der Wirklichkeit der Lebensumstände, der Arbeitswelt und des Loses der Millionen, dem wird eher zum Zuschlagen zumute sein bei diesen Dreistigkeiten, vorgetragen mit einer professionellen Überheblichkeit, wie sie sich nur im jahrzehntelangen Schmarotzerdasein im Schoße der Bourgeoisie entwickeln kann. Mit der ideologischen Umsetzung der direkten Interessenslage der Kapitalisten haben wir es hier zu tun, aufgemöbelt durch eine „Wissenschaft", deren Würde und Wohlbezahlung von der Bourgeoisie gespendet wird.

Auf dem gegebenen engen Raum kann man sich mit den angeführten Äußerungen zum Teil nur bruchstückhaft auseinandersetzen, nur die groben Linien der wirklichen Ursachen der Krisen im Kapitalismus darstellen. Der „Klassenkampf" bringt heute schon recht viel lebendiges Material, das benutzt werden kann, die ideologischen Verdrehungen der Bourgeoisie zu widerlegen.

Der Kern von Machlups Auffassungen ist: Dem Markt muß freies Spiel gelassen werden, die Kräfte von Angebot und Nachfrage müssen sich entfalten können, dann regeln sich die Dinge von selber. Die Arbeitskraft ist eine Ware, der Lohn ist ihr Preis. Bleibt die Ware liegen, ist die Nachfrage zu niedrig, der Preis zu hoch; da muß der Preis fallen, damit sich Angebot und Nachfrage ausgleichen. Das ist bei Kartoffeln so, das ist bei allen Waren so, folglich auch bei der Arbeitskraft. Der Kapitalist ist derjenige, der die Arbeitskraft nachfragt, was verführt ihn dazu?

Die Differenz zwischen den Warenpreisen und — abgesehen von den Kosten der Produktionsmittel — den Arbeitskosten, so die Antwort. Sein Überschuß, also sein Profit. Woher der Profit kommt, spielt für diese Argumentation erstens keine Rolle, ist zweitens allen bürgerlichen Ökonomen unklar, und wird außerdem mit Absicht vernebelt. Auf jeden Fall müsse dem gesunden Hausverstand klar sein, daß der Eigentümer die Lust an der Sache verliere, wenn sein Profit, genauer gesagt, sein Profit im Verhältnis zu dem eingesetzten Gesamtkapital, also die Profitrate, nicht hoch genug sei. Oder, was den Kapitalisten auf dasselbe hinauszulaufen scheint, wenn in der Wirtschaft die „Arbeitskosten" zu hoch seien. Dann müsse eben Arbeitskraft unverkauft bleiben, dann gebe es auch die Krise und keinen Ausweg aus ihr.

Diese Auffassungen sind in der Tat die Widerspiegelung der Verhältnisse, wie sie den Kapitalisten erscheinen und von ihnen reklamiert werden, ein „klassisches" Stück bürgerlicher Ideologie, die Harmonie und Gleichgewicht verspricht, solange das Kapital nur die Freiheit habe, sich so zu verhalten, und auch solche Löhne zu zahlen, daß sein Profit „ausreichend" sei.

Auf die überragende und bestimmende Rolle des Profits in der kapitalistischen Wirtschaft ungeschminkt hinzuweisen, und ihn für das Um und Auf zu erklären, das ist sozusagen das bißchen Wahrheit in dieser Spielart bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft, im Vergleich zu den zahlreichen reformistischen und revisionistischen Versuchen, dies zu verstecken. Machlup spricht geradeheraus aus, worum es dem Kapital immer geht, und worum es ihm insbesondere in der Krise geht, um aus ihr herauszukommen: Auf Kosten der lebendigen Arbeit der beschäftigten — ausgebeuteten — Arbeiter, die angehäuften Kapitalwerte stärker zu vermehren.

Sind „zu hohe" Löhne die Ursache für die periodischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft und für die Arbeitslosigkeit?

Ist es also so, daß im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Produktion die Arbeiter und Arbeiterinnen dem Kapital immer weniger überlassen, das heißt, sich immer weniger ausbeuten lassen, bis die Kapitalisten schließlich die Lust am Geschäft verlieren, und die Krise eintritt? Wenn man allein von den offenliegenden Tatsachen ausgeht, dann bietet sich doch wohl ein anderes Bild, sei es, daß man einen längeren Zeitraum betrachtet, sei es, daß man nur die Jahre des Aufschwungs vor der Krise betrachtet: Insgesamt gesehen, Steigerung der Produktion und der Produktivkraft der Arbeit; Rationalisierungen, durch die die Arbeit intensiviert und so mehr aus ihr herausgeholt werden kann; offene Antreiberei — Verlängerung des Arbeitstags durch Überstundenarbeit — Lohnerhöhungen, die, wenn schon mit der Geldentwertung, in der Regel mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, und der Steigerung des gesamten gesellschaftlichen Reichtums nicht mitkommen. So ist es kein Widerspruch, daß auf der einen Seite der Umfang der Waren, den sich die Arbeiter mit ihrem Lohn leisten können, in längeren Perioden des Aufschwungs steigt, und auf der anderen Seite gleichzeitig der Reichtum, den diese Arbeiter für die Kapitalisten produzieren, der ihnen überlassene Mehrwert, noch schneller steigt. Wenn nämlich die Produktivkraft der Arbeit steigt, können die Produkte, die von den Arbeitern konsumiert werden, in weniger Zeit hergestellt werden, und die Zeit, die für die Kapitalisten gearbeitet wird, kann steigen. Dies findet ständig statt als Resultat der Methoden, mit denen jeder einzelne Kapitalist versucht, billiger und konkurrenzfähiger zu produzieren, und die ständig die kapitalistische Produktion umwälzen.

Betrachten wir im besonderen die Entwicklung der nominellen Löhne im Verhältnis zu den Preissteigerungen, mit denen die Arbeiter in den letzten Jahren konfrontiert waren, so zeigt sich, daß sie überall Schwierigkeiten hatten, mit der Geldentwertung mitzukommen. Ja, in Ländern wie Großbritannien und Italien, wo auf Grund der Schärfe der Krise, die diese Länder erlebt haben, und noch immer erleben, die Lohnsteigerungen besonders vermessen hoch sein müßten, gibt es seit Jahren einen besonders scharfen Reallohnabbau. Die Arbeitslosigkeit hat trotzdem inzwischen den Rekordstand seit dem Krieg erreicht.

An den Auffassungen Machlups ist, wie schon oben gesagt, so viel Wahrheit: Daß der Profit das treibende Motiv des Kapitals ist, und daß die Kapitalisten mehr Profit haben, wenn unter sonst gleichbleibenden Bedingungen die Löhne sinken. Sie sind immer bestrebt, mehr Profit herauszuholen. Dazu sind sie allein durch die Konkurrenz gezwungen. Wenn sich die Konkurrenz verschärft, und mit dem offenen Ausbruch der Krise ein mörderisches Tempo erreicht, wird der Angriff auf den Lohn und alle Arbeitsbedingungen mit vielfacher Wucht geführt, und die Bedingungen auf seiten der Arbeiter verschlechtern sich durch die Massenarbeitslosigkeit. Jedoch findet der Druck auf den Lohn ständig statt, durch vielfache Faktoren und die Arbeiter und ihre Gewerkschaften stehen deshalb meist im Abwehrkampf.

Wir sind so bei einem unlösbaren Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise: Ständig steigende Produktivkraft und Produktion, vorangetrieben durch die Jagd nach dem Profit, begleitet vom Abnehmen des Teils, der den Arbeitern zukommt und Zunehmen des Teils, der als Ersatz für den Wert der Produktionsmittel und als Profit zu den Kapitalisten zurückfließen soll. Auf der einen Seite die Einengung der Konsumtionskraft der Massen (auf dem Markt); immer mehr wird das Funktionieren des Wirtschaftskreislaufs, die weitere Aufwärtsentwicklung der Produktion davon abhängig, daß sich die Kapitalisten ihre Waren untereinander abnehmen (für eigenen Konsum, vor allem aber für Ersatz- und Ausdehnungsinvestitionen), oder daß sie auf fremde Märkte ausweichen können.

Marx faßte diesen Widerspruch so zusammen: Nach der Produktion „kommt der zweite Akt des Prozesses. Die gesamte Warenmasse, das Gesamtprodukt sowohl der Teil, der das konstante und variable Kapital ersetzt, wie der den Mehrwert darstellt, muß verkauft werden. Geschieht das nicht oder nur zum Teil, oder nur zu Preisen, die unter den Produktionspreisen stehen, so ist der Arbeiter zwar exploitiert, aber seine Exploitation realisiert sich nicht als solche für den Kapitalisten, kann mit gar keiner oder nur teilweiser Realisation des abgepreßten Mehrwerts, ja mit teilweisem oder ganzem Verlust seines Kapitals verbunden sein. Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andren durch die Proportionalität der verschiednen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztre ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion, ging durch die beständige Revolution an den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig anknüpfende Entwertung von vorhandenem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs. (. . . .) Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, umso mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen. Es ist auf dieser widerspruchsvollen Basis durchaus kein Widerspruch, daß Übermaß von Kapital verbunden ist mit wachsendem Übermaß von Bevölkerung; denn obgleich, beide zusammengebracht, die Masse des produzierten Mehrwerts sich steigern würde, steigert sich eben damit der Widerspruch zwischen den Bedingungen, worin dieser Mehrwert produziert, und den Bedingungen, worin er realisiert wird."

(Karl Marx, Werke, Band 3, S 254f)

Dieser Artikel wird in der nächsten Nummer des „Klassenkampf" fortgesetzt, wobei noch folgende Fragen behandelt werden:

Wodurch bricht die Krise mit Notwendigkeit periodisch aus?

Was führt unmittelbar zum Ausbruch der Krise?

Können Staatseingriffe die Krisen verhindern?

Welche Folgerungen ergeben sich aus alledem für den Kampf um den Lohn?

Der „Klassenkampf", das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs, erscheint jeden zweiten Donnerstag.

Abonnement: Jahresabonnement: S 150,-. Halbjahresabonnement S 75,-. Zu beziehen über Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien. Telefon: 0222/57-37-23

Redaktion: Postfach 52, 1042 Wien, Telefon: 0222/57-37-59, Journaldienst: Mo–Fr. 18 – 19 Uhr.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien.

Wertheim Wien: Neue Maschinen - Schichtarbeit, gestiegene Arbeitshetze

Seit ca. einem Jahr wird bei Wertheim verstärkt moderne Maschinerie eingeführt. Neben der Anschaffung eines Textautomaten für den Verkauf-Kassenbau ist besonders die mechanische Fertigung (Dreherei, Fräserei und Bohrerei) davon betroffen.

Bereits Mitte letzten Jahres wurde eine neue Radialbohrmaschine mit einer Säulenausladung von 2.000 mm in Betrieb genommen. Ende letzten Jahres eine „Wanderer"-Horizontalfräsmaschine, Type KFH3 mit einer nockenlosen Programmsteuerung und eine „Heid"-Drehmaschine Type SDM 12-NCC 400 mit numerischer Steuerung. Weiters ist der Kauf einer neuen Spitzendrehmaschine geplant.

In der Abteilung 13 (Blechbiegerei und -presserei) soll ebenfalls eine numerisch gesteuerte Abkantpresse angeschafft und eine bereits im Betrieb befindliche Maschine mit numerischer Steuerung ausgerüstet werden.

Maschinen mit numerischer Steuerung (numerically controlled machine-tool), kurz NC-Maschinen, sind der letzte Schrei auf dem Gebiet der Werkzeugmaschinen.

Numerische Steuerung bedeutet, daß die Dateneingabe in das Steuerungssystem der Maschine zahlenmäßig erfolgt. Also, die Bearbeitungsprogramme, die das Werkstück beschreiben sowie seine zu erfolgende Bearbeitung werden über einen Lochstreifen (in seltenen Fällen auch über Magnetbänder) in die numerische Steuerung eingegeben, die meist getrennt von der Maschine in einem extra Schrank untergebracht ist. Die Steuerung führt mit ihrem Rechner Rechenoperationen durch und erzeugt für die verschiedenen Arbeitsaufträge der Maschine (z.B. Werkzeugmagazin rauf und runter, Drehzahl höher oder niederer usw.) sogenannte Sollwerte. Das sind die Befehle an die Maschine, die über eine „Anpassung" zu ihr gelangen. Die Maschine führt dann die Befehle aus. Wegmeßsysteme und Drehzahlüberwachungssysteme sind an der Maschine angebracht, die die tatsächliche Bewegung der Maschine kontrollieren, d.h. sogenannte Ist-Werte feststellen und an die Steuerung zurückmelden. Bei Erreichung der Position, also bei Übereinstimmung von Soll- und Ist-Wert schaltet der Vorschubantrieb der Maschine aus.

Das NC-System stellt zweifellos eine wesentliche technische Neuerung in der Produktion dar.

Ursächlich bringen die neuen Maschinen eine gewaltige Steigerung der Produktion mit sich. Höhere Stückzahlen in kürzerer Zeit werden erreicht, der Stückpreis sinkt gewaltig, die Konkurrenzfähigkeit der Firma steigt und die Profite steigen wegen der gesunkenen Produktionskosten.

Was aber bringt die neue Maschinerie für die Arbeiter? Erleichtert sie die Arbeit, wie es eigentlich denkbar wäre? Wird die Arbeitszeit herabgesetzt, weil ohnehin in viel kürzerer Zeit mehr produziert werden kann als mit jeder bisher üblichen Maschine?

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die neue Maschinerie richtet sich direkt gegen die Arbeiter. Wir wollen an Hand der neuen „Heid"-Drehmaschine kurz einige Auswirkungen auf die Arbeiter und ihre Arbeitsbedingungen beleuchten.

Dequalifizierung der Arbeitskraft

Um gelernter Dreher zu werden, braucht man eine dreijährige Lehrzeit, die mit der Facharbeiterprüfung abgeschlossen wird. Bei dem neuen Maschinentyp ist die Ausbildung zu 80% für die Katz. Praktisch wird man zum Hilfsarbeiter degradiert, der nur noch ein Werkstück nach dem anderen in die Maschine füttert und auf den Startknopf drückt. Die Programmierung der Maschine erfolgt durch einen Ingenieur.

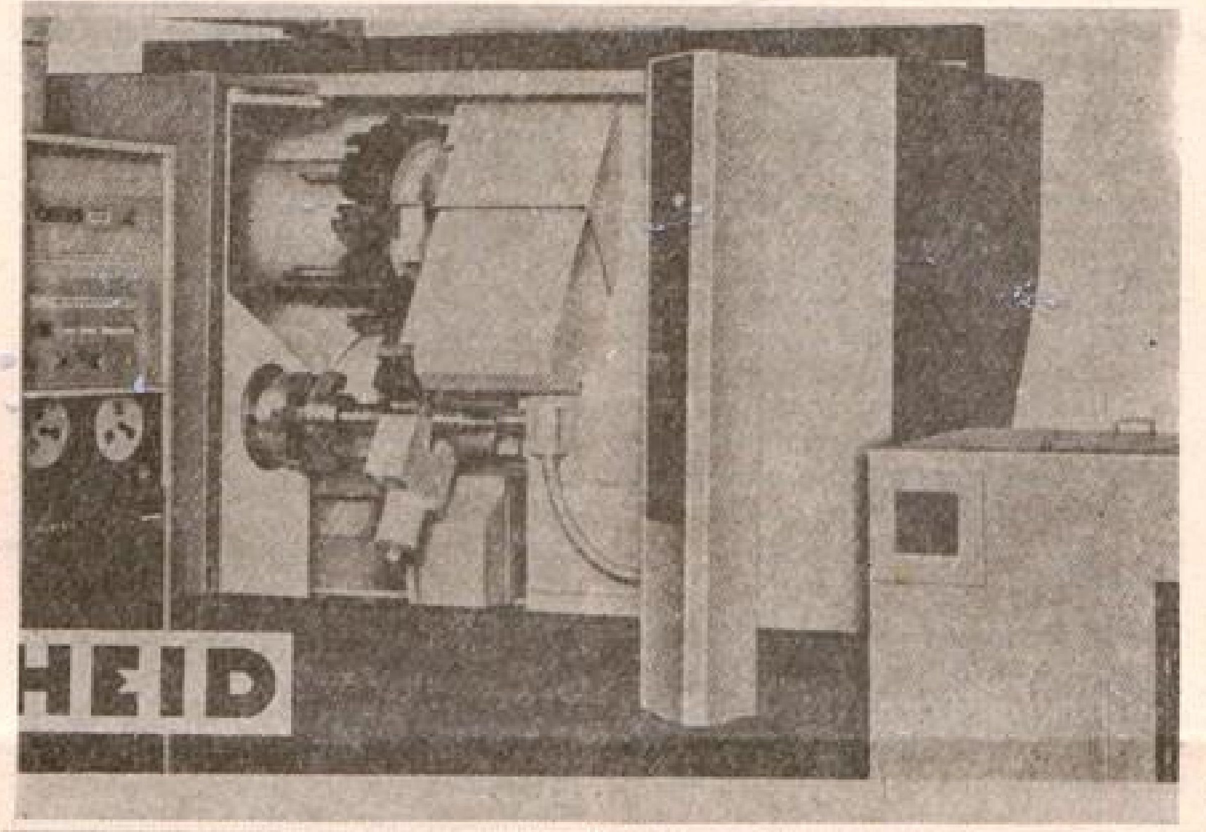
In einem Buch über die Problematik des Einsatzes von NC-Maschinen, herausgegeben vom K.H.-Institut für Arbeitsstudien REFA (BRD) heißt es dazu: „Untersuchungen haben ergeben, daß die Anforderungen an die Maschinenbediener sinken, da wesentlich weniger manuelle Geschicklichkeit erforderlich ist . . . . Der NC-Maschinenbediener wird nicht nach seiner 'Geschäftigkeit' bewertet, sondern danach, wie er es versteht, seine teure Maschine immer beim Produzieren zu halten."

Im selben Buch wird den Kapitalisten empfohlen, nach dem vorübergehenden Einsatz von Facharbeitern, Hilfskräfte an den NC-Maschinen zu beschäftigen, was die Möglichkeit bringen würde, die Lohnkosten zu senken.

Bei uns arbeiten derzeit noch Facharbeiter, aber ihre Tätigkeit unterscheidet sich nicht mehr viel von der eines Hilfsarbeiters. Lediglich die noch unbekannten Tücken und Spinnereien der Maschine erfordern eine qualifizierte Arbeitskraft.

Auf längere Sicht gesehen wird der gelernte Dreher bei der modernen Drehmaschinen-Generation überflüssig. Indirekt zeigt sich das auch schon jetzt in der Dreherei: Drei Montfort-Automaten, die bisher von einem Einsteller und einem Hilfsarbeiter bedient wurden, sind stillgelegt; eine Pittler-Revolver wurde abgewrackt bzw. in die Lehrwerkstätte verfrachtet, auf der anderen, auf der bisher Schicht gearbeitet wurde, wurde ein Dreher abgezogen und zu einer Spitzendrehmaschine gestellt mit dem Effekt, daß es jetzt zuviele Spitzendreher für die vorhandene Arbeit gibt, und ein Dreher bereits gegangen ist, weil es keine vernünftige Arbeit mehr gibt.

Die neue „Heid" frißt die Arbeit mehrerer anderer Maschinen. Wenn jetzt noch die geplante neue Spitzenbank kommt, ist leicht vorstellbar, daß einige Dreher entweder gehen müssen oder irgendwo anders im Werk als Hilfsarbeiter eingesetzt werden.



Numerisch gesteuerte Heid-Drehmaschine der Type SDM 12 - NCC 400: Links im Bild die elektronische Steuerung, in der Mitte Arbeitsbereich mit Drehteil und Werkzeugmagazin, rechts das „Bedienungspult.

Verdichtung des Arbeitstages

Die neue Maschinerie ermöglicht es den Kapitalisten, die Arbeitskraft der Arbeiter optimal zu „nutzen", jede noch vorhandene Pore des Arbeitstages zu schließen und die Profitproduktion zu steigern.

Die Kapitalisten gehen wie selbstverständlich davon aus, daß bei NC-Maschinen die Stopperei nichts mehr zu suchen hat. Stoppen, das bedeutet Kampf zwischen Stopper und Arbeiter um einen möglichst guten „Preis" je Stück. Das Ergebnis dieses Kampfes ist von mehreren Faktoren abhängig: von der Erfahrung und Geschicklichkeit des Arbeiters beim möglichst langsamen, aber doch rasch wirkenden Arbeitens während des Stoppvorganges, von der Haltung des Stoppers, usw. Normalerweise kann man sich bei uns auf eine halbwegs menschliche Zeit einigen. So etwas sehen die Kapitalisten nicht gerne. Die NC-Maschinen sind geradezu prädestiniert dafür, diese Faktoren auszuschalten. Hier läßt sich alles auf die Zehntelsekunde berechnen; hier hat der Arbeiter nicht mehr die Möglichkeit, nach der Zeitaufnahme die Drehzahl oder den Vorschub um eine Stufe höher zu schalten. Drehzahl, Vorschub etc. können exakt ausgerechnet werden entlang der Belastungswerte. Die Tätigkeit des Arbeiters ist bereits derart primitiv, daß sie ebenfalls „berechnet" werden kann.

Das für die Kapitalisten in diesem Fall bestmögliche Entlohnungssystem ist die Prämie. Dazu heißt es in der oben erwähnten Studie: „Prämiensysteme verschiedener Art sind für die Anwendung an NC-Maschinen sehr geeignet . . . ." Das kommt daher, weil der Arbeiter auf den Produktionsablauf selbst keinen Einfluß mehr hat. Ihm bleibt nur die Aufgabe, „seine teure Maschine immer beim Produzieren zu halten."

Schichtarbeit

Die bedeutendste Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ergibt sich zweifellos aus der Änderung der Arbeitszeit. Natürlich gehen die Kapitalisten davon aus, daß bei der NC-Drehmaschine zumindest der Zweischicht-Betrieb unumgänglich ist, damit die Maschine sich überhaupt „bezahlt" nacht. Seit langem war in der mechanischen Abteilung die Schichtarbeit nur eine Ausnahme und immer nur zeitlich begrenzt. Mit der neuen „Heid" wird sie zumindest auf dieser Maschine fix. Daß sie auch in der Abteilung 13 eingeführt wird, sobald die numerisch gesteuerten Maschinen stehen, steht bereits von Kapitalistenseite her fest.

Statt Erleichterung der Arbeit — Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Karl Marx schrieb im 19. Jahrhundert über die Maschinerie, daß sie „an sich betrachtet, die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten (d.h. des Arbeiters) vermehrt, kapitalistisch angewandt, ihn verpaupert (verarmt)." („Das Kapital", Band 1, Seite 465)

Die technische Umwälzung, die durch die Einführung des NC-Systems im Werkzeugmaschinenbau eingeleitet wird, stellt unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine gewaltige Bedrohung für die Arbeiterklasse dar. Was wir im „kleinen" kurz angeführt haben, wird mit tödlicher Sicherheit morgen im „Großen" stattfinden.

Dagegen muß die Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen, und um solche Schutzforderungen kämpfen, die auch unter den neuen technologischen Verhältnissen den Schutz der Arbeitskraft durch gesetzliche Schranken der Ausbeutung bestmöglich sichern. Schon heute kann man sagen, daß die Forderung nach Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich, nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit und nach Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme besondere Bedeutung erlangen wird.

Zelle Wertheim/Wien

17. Jugendgewerkschaftstag der GPA

Mit den schlechten Traditionen brechen!

Am 22./23.4. findet in Wien der 17. Jugendgewerkschaftstag der GPA statt. In diesem Artikel wollen wir vor allem auf die Frage der Bezahlung der Lehrlinge eingehen. Die zentrale Frage der Arbeiterjugend, ihre Ausbildung, werden wir in der nächsten Nummer des „Klassenkampf" behandeln.

Die Entwicklung der Privatangestelltenjugend (PAJ)

Die organisatorische Entwicklung der PAJ geht nicht gut voran. Seit 1974 beträgt der Mitgliederstand etwas über 25.000. In über zwei Jahren stieg die Mitgliederzahl um nicht mehr als 400, wobei jedoch in der ersten Hälfte der 70er Jahre die Mitgliederzahl von ca. 18.000 im Jahre 1970 auf 25.000 im Jahre 1974 emporschnellte. Die Anzahl der Jugendgruppen reduzierte sich von 61 (1975) auf 57 (1976). In Wien verringerte sich die Zahl der Jugendgruppen im gleichen Zeitraum von 12 auf 1, d.h. um 11(!) weniger.

Nur in etwa 20% aller Betriebe, in denen Jugendvertrauensräte gewählt werden können, existieren auch solche. (Zahlen: ÖGJ-Bericht 1975, 1976; Protokoll des 16. Jugendgewerkschaftstages der GPA)

PAJ-Obmann Sturmer konnte am 16. Jugendgewerkschaftstag aufgrund des Mitgliederanstieges in der ersten Hälfte der 70er Jahre „daher mit Stolz feststellen, wir haben ein wenig beigetragen, daß die Gesamtorganisation zur stärksten Einzelgewerkschaft innerhalb des ÖGB wurde." Viele Angestelltenjugendliche kamen und kommen zur Gewerkschaftsjugend, denn ihre Probleme werden immer brennender: schlechte Bezahlung, miserable Ausbildungssituation (gerade in den Büros und Geschäften), Überstundenarbeit...

Also, woran liegt es nun, daß die Mitgliederzahl, der Aufbau der Jugendgruppen in den letzten Jahren stagniert? Ist es das „wesentlich größere Konsumangebot"? „Sind die Aufgaben des Einzelnen in der Freizeit größer geworden"?

Nein. Tatsache ist: Viele Gewerkschaftsjugendmitglieder sehen, daß seit Jahren auf den Kongressen eine Flut von Beschlüssen gefaßt werden, die sich zu einem beträchtlichen Teil stets wiederholen, jedoch in der praktischen Tätigkeit der Gewerkschaft keine Rolle spielen.

So z.B. wurden auf dem 16. Jugendkongreß gefordert: 5 Wochen Urlaub für Jugendliche, Streichung der Jugendlohngruppen, Arbeitslosenschutz für Lehrlinge, 40%/55%/75% Anteil vom Angestelltenmindestlohn für die Lehrlinge. Zu dieser Lohnforderung stellte der 16. Jugendgewerkschaftstag der GPA fest: „Diese Forderung wurde auf den Hauptversammlungen der betroffenen Sektionen sowie beim 8. Gewerkschaftstag der GPA einstimmig beschlossen." Bisher aber haben die Sektionen keine Ergebnisse in dieser Richtung erzielt. Der 16. Jugendgewerkschaftstag der GPA fordert daher die zuständigen Sektionen auf, den in allen Körperschaften in unserer Gewerkschaft beschlossenen Forderungen der Jugendabteilungen Rechnung zu tragen und für die Verwirklichung dieser Beschlüsse einzutreten".

Beschlüsse, aber keine Verwirklichung. Diese Tatsache bringt es mit sich, daß es Mitglieder gibt, die zur Resignation neigen. Vielmehr ist es aber notwendig, Rechenschaft zu fordern. Nicht nur am Kongreß, auch von den Jugendgruppen und Jugendvertrauensräten aus. Warum wurden diese Forderungen nicht im Verhandlungskomitee bei den KV-Runden aufgestellt? Warum werden diese Forderungen einstimmig beschlossen, wenn nachher nichts zu ihrer Durchsetzung getan wird? Da diese Fragen in der Rechenschaftslegung nicht behandelt werden, muß man die Herren Kollegen darauf ansprechen. Dies ist ein Weg, mit der Tradition des Schweigens über diese Politik zu brechen.

Die großen Lohnrunden sind für den Kongreß eine aktuelle Sache

Der 31. März ist der früheste Termin, zu dem der Kollektivvertrag der Industrieangestellten gekündigt werden kann. Die Gewerkschaftsführung ist von sich aus mit einer Forderung an die Öffentlichkeit getreten, die den Wünschen der Kapitalisten nach niedrigen Abschlüssen und langen Laufzeiten entgegenkommt. Von 6% ab 1. Juni ist die Rede. Gleichzeitig wird betont, daß die 6% nur eine „Ausgangsbasis" sind und mit einem Abschluß zwischen 4% und 5% gerechnet werden soll. Also erstens: die geltenden, viel zu niedrigen Lohnregelungen noch um zwei Monate verlängern und zweitens mit einer „Erhöhung", die keinesfalls den Erfordernissen entspricht und eine weitere Stufe des Reallohnabbaus zu besiegeln. Gegen diese Pläne der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung muß der Kongreß seine Stimme erheben und fordern: Keine Verschleppung der Lohnrunden, Abschlüsse mit höchstens zwölfmonatiger Laufzeit, für einen ausreichenden Mindestbetrag!

Die Forderungen der Privatangestelltenjugend für die Lohnrunden

Besonders mißachtet bei den Kollektivvertragsverhandlungen werden stets die jugendlichen Angestellten und die Lehrlinge. Sehen wir uns die Lehrlingsentschädigungen an:

Industrie, kfm. Lehrlinge

	1.1.1977	1.1.1978
1. Lehrjahr	392,30	429,23
2. Lehrjahr	496,15	544,62
3. Lehrjahr	646,15	715,38

Dies sind die Zahlen für Wien. In den anderen Bundesländern ist es auch nicht besser. Monatlich sind das Beträge zwischen 1.700,- und 2.860,- Schilling. Zudem ist es so, daß der Kollektivvertrag im Gegensatz zu den älteren Angestellten bei Lehrlingen kaum überzahlt wird.

Erstens: Die Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen ist sehr gering. Sie bringt nur zwischen S 150,- und S 270,- monatlich. Deshalb wird immer wieder die Forderung aufgegriffen, daß die Lehrlinge eine ordentliche Erhöhung in Schilling und Groschen bekommen. Z.B. wenn ein Mindestbetrag aufgestellt wird, sollen auch die Lehrlingsentschädigungen in dieser Höhe steigen. Ist es eine Prozentforderung, soll die Lehrlingsentschädigung um den Schillingbetrag steigen, den der Prozentabschluß für das Angestelltenmindestgehalt bringt.

Zweitens: Eine Forderung, die selbst von der ÖGJ immer wieder betont wird - die Streichung der Jugendlohngruppen, wo es sie gibt. Es muß positiv festgelegt werden, daß kein jugendlicher Angestellter, der die selbe Arbeit verrichtet wie ein Erwachsener, nur deshalb weniger verdienen darf, weil er jünger ist. Es geht hier um das Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Drittens: Die Lehrlingsentschädigungen sollen nach einem prozentuellen Anteil vom Angestelltenmindestgehalt festgelegt werden. Die Lehrlingsentschädigung muß ordentlich angehoben werden, denn die geringe Bezahlung bringt es mit sich, daß für viele Jugendliche eine Ausbildung nicht drin ist. Gerade heute, da es in Österreich für viele nur möglich ist eine Lehrstelle zu erhalten, wenn sie in die Städte ziehen, also in Heimen wohnen, kann man sich vorstellen, welche finanzielle Belastung dies für Arbeiter- oder Kleinbauernfamilien bringt. 2.000 S für Schlafen und Frühstück ist ein durchaus normaler Heimpreis. Ohnen einen gehörigen Zuschuß seitens der Eltern ist eine Berufsausbildung daher kaum möglich. In Familien mit mehr Kindern bleiben daher meist welche auf der Strecke und schaffen den Sprung zur Berufsausbildung nicht. „Chancengleichheit" heißt eine der schönen Phrasen, die wir zu hören bekommen. In Wirklichkeit fängt dies bei der Bezahlung an, doch da wollen die Kapitalisten und die Regierung nichts mehr davon hören. Die Gewerkschaftsführung bläst in das selbe Horn, denn seit Jaren gibt sie gegenüber den Kapitalisten die Forderungen der Jugendlichen preis, ist doch gerade die Jugend der Teil, von dem am wenigsten Widerstand gegen diese Kapitulationspolitik erwartet wird. Sie hat noch kein einziges Mal wirklich die Forderung der ÖGJ nach 45%, 55%, 75% vom Angestelltenmindestgehalt, je nach Lehrjahr, aufgegriffen!

Frage: Warum eigentlich diese Spaltung nach Lehrjahren? 45% sind nur ca. 2.500 S für einen Lehrling in der chemischen Industrie (bei Metallarbeitern etwas mehr, ca. 2.850 S, nimmt man Lohngruppe 3 als Basis). Schon 1975(!) unterschrieben über 500 Lehrlinge und beschlossen einige Jugendgruppen die Forderung nach 3.000 S Lehrlingsentschädigung für alle gleich.

Wir meinen, daß die Lehrlinge - egal in welchem Lehrjahr - eine Ausbildung erhalten sollen. Sie verkaufen ihre Arbeitskraft zum Zwecke der Ausbildung. Die Lebenshaltung ist für einen Lehrling ziemlich gleich egal in welchem Lehrjahr.

Deshalb für alle Lehrlinge
75% vom Facharbeiter- bzw. Angestelltenmindestlohn, mindestens aber 4.000

Jetzt werden sicherlich gewisse sozialdemokratische Jugendfunktionäre kommen und sagen, „Aber Kollegen, die Verbesserung der Berufsausbildung hat Vorrang - die Bezahlung folgt nachher." Unter diesem Motto sind sie schon früher gegen die „Existenzlohninitiative aufgetreten. Wie schon zuerst für die „Chancengleichheit" erwähnt, zeigt sich auch hier die ganze Heuchelei: Müssen nicht die finanziellen Grundbedingungen geschaffen werden, damit die arbeitende Jugend überhaupt, in ihrer Gesamtheit, die Möglichkeit hat, eine Ausbildung zu erhalten? Sie spielen die Ausbildung gegen die Bezahlung aus und geben so alle Mittel aus der Hand, eine einheitliche Kampffront gegen Kapitalisten und Regierung aufzubauen, um die Lage der arbeitenden Jugend wirklich zu verbessern - sowohl die Ausbildungssituation, als auch die Höhe der Bezahlung.

- Rechenschaft fordern, warum die Forderungen der PAJ bei den Lohnrunden negiert werden.
- Maßnahmen zu treffen, um eine Verschleppung der Lohnrunde 77/78 zu verhindern.
- Geeignete Forderungen beschließen, die eine möglichst gute Grundlage für den Zusammenschluß der Lehrlinge abgeben.

Red.

Die SPÖ und die
Im Halse stec

Die von der Bewegung gegen Atomkraftwerke erhobene Forderung nach einer Volksabstimmung über die Inbetriebnahme von Zwentendorf zeigt bereits ihre Sprengkraft. Weil sie klar und einleuchtend ist, weil sie sich gegen die Regierung richtet und dem Klassenkampf nützt, weil ganz klar ist, daß sich bei einer solchen Volksabstimmung die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Inbetriebnahme aussprechen würde - deshalb hat diese Forderung die Sozialdemokraten bereits in Bedrängnis gebracht.

In der Märznummer ihres theoretischen Organs, der „Zukunft", hat die SPÖ eine Argumentationshilfe für ihre Funktionäre gegen diese Forderung veröffentlicht.

„Mehr Demokratie durch Volksabstimmung?", übertitelt der Herr Karl Czernetz, Chefredakteur der „Zukunft" und u.a. Präsident des Europarates seinen Artikel. Krampfhaft versucht der Autor, von der sehr einfachen Fragestellung - wer nämlich über die Inbetriebnahme von Zwentendorf entscheiden soll - abzulenken. Gleich zu Beginn wird der Leser belehrt, daß man „eigentlich wissen sollte", daß eine Volksabstimmung über eine Frage wie die Inbetriebnahme Zwentendorfs laut Bundesverfassung gar nicht vorgesehen ist und demgegenüber bei den „vorgesehenen" und schon mehrfach eingeleiteten Volksbegehren „die Entscheidung des Gesetzgebers, also des Nationalrates, nicht vorweggenommen" wird, legt Czernetz kurz seine persönliche Stellungnahme zum „Streitfrage 'Zwentendorf'" dar. Diese ist einfach und offen der Standpunkt der SPÖ-Regierung für die baldige Inbetriebnahme. Wer aber wie unzählige Menschen selbst in den Reihen der SPÖ - gegen die Inbetriebnahme ist und eine Volksabstimmung darüber für richtig hält, auch wenn sie nicht in der Verfassung „vorgesehen" ist, dem entgegnet Czernetz: „Bundeskanzler Kreisky hat nach dem Auftauchen der Forderung 'Volksabstimmung über Zwentendorf' gezeigt, wie gefährlich Volksabstimmungen über Fragen sind, die starke Emotionen auslösen. Wie gefährlich wäre es doch, nach einer Serie von Gewaltverbrechen, bei der begreiflichen Emotionalisierung der Menschen, eine Entscheidung über die Wiedereinführung der Todesstrafe in einer Volksabstimmung zu suchen."

Damit machen sich es aber der Bundeskanzler und sein Gefolgsmann Czernetz ein wenig zu leicht. Die Emotionen gegen das Atomkraftwerk nähren sich aus der alltäglichen Erfahrung, die der Arbeiter mit der kapitalistischen Produktionsweise macht und bei der nicht der Mensch, sondern der Profit im Mittelpunkt steht. Das AKW-Programm, gestützt auf eine keineswegs ausgereifte und voll beherrschte Technologie, gefährdet in besonderem Maße Mensch und Natur. Jede „Emotion" gegen das AKW-Programm ist also vollkommen gerecht. Jede Emotion der Massen gegen Politiker, die dem Volk nach dem Mund reden, aber in Wirklichkeit über Bundes- und Landes-E-Gesellschaften fest im AKW-Geschäft stecken, ist vollkommen verständlich und berechtigt. Zu Recht fürchten Kreisky und sein Team solche Art von „Emotionen". Es ist dieselbe Art von Emotionen, die die Arbeiterbewegung gegen den Kapitalismus kämpfen läßt.

Auf einem ganz anderen Blatt stehen Kapitalverbrechen, die nicht zufällig in den Hochburgen des Kapitalismus, wie in den USA, ihre höchste Blüte gefunden haben. Die herrschenden tristen politischen und wirtschaftli-

Volksabstimmung engeblieben

chen Verhältnisse bilden den Sumpfboden für die Ausbreitung von Kriminalität und Trunksucht usw. Die Todesstrafe ändert nichts an den Wurzeln dieser Übel, sondern gibt nur dem Staat freie Hand zur Verstärkung seiner Unterdrückertätigkeit gegenüber dem Volk.

Allerdings sind in dieser Frage die Fronten keineswegs so klar wie in der Atomkraftwerksfrage. Keineswegs treten die fortschrittlichen Kräfte auch für eine Volksabstimmung über die Einführung der Todesstrafe ein. Die Gleichsetzung ist plump und demagogisch.

Czernetz fährt fort: „Ist unter diesen Umständen eine Volksabstimmung über sehr komplizierte Sachfragen, die Ja-Nein-Entscheidung der emotionalisierten und manipulierten Massen wirklich das Demokratischste?"

Czernetz und die SPÖ wissen: Eine Volksabstimmung über die Inbetriebnahme Zwentendorfs fällt heute klar dagegen aus. Mit demselben entschlossenen Nein, das etwa die Wald- und Weinviertler Bevölkerung den Atommüllagerplänen entgegensetzt.

Die SPÖ-Regierung, Statthalter und Geschäftsführer der Interessen des österreichischen Finanzkapitals, fürchtet die geringste selbständige Regung der Massen. Weil die Bewegung gegen AKW in Österreich sich aber nicht kleinkriegen hat lassen, sind Stacheldrahtzäune zu festen Bestandteilen für die Durchsetzung des AKW-Programms geworden.

Czernetz versucht weiters, die sogenannte repräsentative Demokratie schmackhaft zu machen. „Sind die Wähler mit den beschlossenen Gesetzen, mit den Entscheidungen, die von ihren Abgeordneten getroffen wurden, nicht einverstanden, dann wirkt sich das bei den nächsten Parlamentswahlen sehr deutlich aus. Die Wähler entziehen dann der betreffenden Partei ihr Vertrauen. Zugegeben, das dauert lang; die Korrektur ist erst bei der nächsten Wahl, also nach vier Jahren möglich." Tatsächlich ist der bürgerliche Parlamentarismus, in welcher „demokratischen Ausprägung" auch immer, ein Mittel zum Betrug an den Massen zu ihrer Niederhaltung. Kämpft das Volk um siene Rechte und Interessen, so hält es sich nicht an die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie und zieht die Volksvertreter unmittelbar zur Rechenschaft. Schon heute heißt es z.B.: Wer fürs AKW entscheidet, gehört weg! Das betrifft auch den Herrn Czernetz!

Czernetz schließt: „Volksabstimmung? Ja, aber es muß sich wirklich um Fragen handeln, die von den Wählern sinnvoll, nüchtern und sachlich mit einem einfachen Ja oder Nein entschieden werden können. Nur dann hat die Volksabstimmung einen wirklich demokratischen Charakter.

Die Forderung nach Volksabstimmung über die Inbetriebnahme Zwentendorfs, ein schwerer Brocken, ist dem Herrn Czernetz und der SPÖ-Regierung im Hals steckengeblieben. Sie sollen sich kräftig daran verkutzen.

Entmündigungsdrohung gegen einen Kärntner Slowenen

Am 8.3. erhielten Michael und Ingrid Zablatnik ein Schreiben des Bezirksgerichtes Klagenfurt, in dem es hieß:

„Im Falle der neuerlichen Vorlage der Geschäftsstücke wird die Einleitung der Entmündigungsverfahren geprüft werden."

Diesen Beschluß des Bezirksgerichtes Klagenfurt erhielten Michael und Ingrid Zablatnik, nachdem sie mehrfach die Zusendung der gerichtlichen Schriftstücke in slowenischer Sprache gefordert hatten. Begonnen hat die Sache mit der Kirchensteuer. Die beiden haben nämlich von der Diözese Gurk gefordert, daß ihre Kirchensteuervorschreibung ebenfalls in slowenischer Sprache abgefaßt wird, und hatten daher zunächst nichts gezahlt.

Die Kirche lehnte eine Verwendung der slowenischen Sprache kategorisch ab und nutzte die Möglichkeit, die ihr auf Grund der engen Verbindung von Kirche und Staat offensteht, und ließ die Steuer vom Gericht eintreiben.

Bei der Gerichtsverhandlung verlangten beide wiederum Slowenisch als Verhandlungssprache. Von dieser Forderung gingen sie auch nicht ab, als das Bezirksgericht mit der Exekution des gesamten Eigentums und mit einer Haftstrafe drohte.

Die Vorgangsweise, die slowenische Sprache zu verweigern, beruht auf dem Volksgruppengesetz: Die Zablatniks stammen zwar aus Ludmannsdorf/Bilčovs, das selbst nach dem Gesetz zweisprachig ist, aber im betreffenden Bezirksgericht ist ein Verkehr in slowenischer Sprache nicht erlaubt.

Der zuständige Richter setzte, nachdem er erkennen mußte, daß alle diese Drohungen nichts fruchten, einen ungeheuerlichen Akt zynischer Frechheit. Er erklärte das Verhalten Zablatniks für unnormal und droht mit der Entmündigung.

Sicher ist, daß die Vorgangsweise dieses Chauvinisten und Erzreaktionärs ein bezeichnendes Licht auf die bürgerliche Justiz in Österreich wirft. Offensichtlich gibt die österreichische Kapitalistenklasse ihren Gerichten die Macht, einen Menschen, der für sein Recht eintritt, kurzerhand nicht nur als Verbrecher, sondern auch als Wahnsinnigen abzustempeln und ihm seine politischen Rechte zu rauben.

Es ist ein massiver Einschüchterungsversuch, aber nach allem, was man jetzt weiß, wird er nicht mehr Erfolg haben, als die bisherigen. Die Zablatniks stehen nicht allein, hinter ihnen steht die ganze slowenische Minderheit. Sie weiß, daß es bei dieser Auseinandersetzung um ihr Recht geht, sich ihrer Sprache im gesamten öffentlichen Leben zu bedienen. Sie weiß, daß es ein guter und richtiger Weg ist, dieses Recht zu fordern, und zwar dadurch, daß man es praktisch in Anspruch nimmt. Hinter den Zablatniks aber muß auch die ganze demokratische Bewegung in Österreich stehen.

Deutlich zeigt dieser Vorfall die Aktualität des Kampfes für das Recht der Angehörigen der Minderheiten auf den vollen und uneingeschränkten Gebrauch ihrer Sprache bei allen öffentlichen Stellen.

29 Prozesse gegen slowenische Aktivisten

Insgesamt 29 Gerichtsverfahren sind derzeit gegen Kärntner Slowenen anhängig. Alle Angeklagten haben am Kampf gegen die Minderheitenpolitik der Regierung teilgenommen.

Am 6. Februar war eine Verhandlung gegen den slowenischen Studenten B. Sommeregger angesetzt. Ihm wird Widerstand gegen die Staatsgewalt anläßlich der Demonstration und Aufstellung einer zweisprachigen Ortstafel in Bleiburg/Pliberk vorgeworfen. Die slowenische Bevölkerung hatte damals die Ortstafel vor der Gendarmerie geschützt. Sommeregger soll einen Gendarmen verletzt haben. Die Gerichtsverhandlung gegen ihn konnte nicht stattfinden, weil er eine slowenische Anklageschrift und Prozeßführung forderte.

Sein Bruder Marko Sommeregger, Angestellter, hat im Vorverfahren eine Ladung zum Bezirksgericht Bleiburg/Pliberk erhalten. Er wird beschuldigt, bei derselben Gelegenheit einen Gendarmen körperlich angegriffen zu haben. Die Ladung war zwar nicht deutsch, allerdings konnte man die Sprache, in der sie abgefaßt war, auch nicht als slowenisch bezeichnen, sondern höchstens als slowenisch-ähnliches Kauderwelsch. Marko hatte sich bei der Bleiburger Aktion an die zweisprachige Ortstafel binden lassen, um die Gendarmerie an deren Niederreißung zu hindern.

Am 30. März findet im Salzburger Landesgericht der Prozeß gegen den 42-jährigen Kraftfahrer Albert Surečnik aus Globasnitz/Globasnica, gegen den 21-jährigen Landarbeiter Hubert Bošic, gegen den gleichaltrigen Mechaniker Albert Hafner und den 20-jährigen Lehrling Stanislaus Dlopst, alle aus Wackendorf/Večna vas. Ihnen wird vorgeworfen, vor der Minderheitenfeststellung 1976 auf öffentlichen Objekten Parolen und Forderungen für die Rechte der Minderheiten angebracht zu haben.

Am 6. April wird im Klagenfurter Landesgericht die Berufungsverhandlung gegen Mirko Perč und Josef Müller stattfinden. Sie wurden im November des Vorjahres wegen der Anbringung von Parolen und Forderungen zu je 3.000 Schilling verurteilt.

Stefan Petjak, Maurer, wird am 11. April vor dem Linzer Oberlandesgericht stehen. Er wurde im November 1977 wegen „Beihilfe zu schwerer Sachbeschädigung" in Salzburg zu einer Geldstrafe von S 16.500 verurteilt. Selbstverständlich legte Petjak Berufung gegen das Urteil ein. Auch in diesem Fall handelt es sich bei der schweren Sachbeschädigung um das Anbringen von Parolen für die Rechte der Kärntner Slowenen.

Vor kurzem wurde gegen den KESTAG-Arbeiter Melchior Verdel ein Verfahren beim Landesgericht Klagenfurt eingeleitet, weil er ebenfalls in Bleiburg/Pliberk Gendarmen getreten haben soll.

Kürzlich wollte man vor dem Bezirksgericht Ferlach jene jungen Leute aus Zell/Sele vernehmen, die am Tag der Minderheitenfeststellung in Zell Pfarre/Sele fara die Urne entleert und den Inhalt angezündet hatten. Der jüngsten Vorladung folgten die jungen Leute nicht, da sie neuerlich nur deutsch abgefaßt worden war. Offensichtlich will das Gericht in Wien auf diese Weise die Voraussetzungen für ein Abwesenheitsurteil schaffen.

In Kärnten selbst hat die Prozeßwelle das Bewußtsein und die Widerstandskraft der Kärntner Slowenen bisher nur erhöht, mehr denn je beharren sie auf den gerechten Zielen des Kampfes und auf dem Gebrauch ihrer Sprache – auch bei den Verfahren selbst.

Bericht aus Klagenfurt/Celovec

Kommunist 3/78 erschienen

Die sowjetische Aggression am Horn von Afrika
Zum 40. Jahrestag des 11. März 1938 (Rede bei den Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Österreichs)
„Österreichs Weg" (Dokumente aus dem Jahre 1938)

Slowenen in Kärnten (Teil IV)

In der neuesten Ausgabe des „Kommunist" wird die Artikelserie „Slowenen in Kärnten" mit dem Teil über die Entwicklung 1949 – bis in die 60er-Jahre fortgesetzt. Der Artikel knüpft beim dritten Teil der Artikelserie (3/77, 6/77, 9/77) an, wo gezeigt wird, daß die österreichische Bourgeoisie, gestützt auf die amerikanischen Imperialisten und die englische Besatzungstruppe, den Kärntner Slowenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthielt und ihre politische Herrschaft über Südkärnten sicherte.

Es wird die Entwicklung der slowenischen Minderheit in dieser Zeit dargestellt und die Ursachen für die Auflösung des einheitlichen slowenischen nationalen Gebietes in Südkärnten und seine Umwandlung in ein gemischtsprachiges Gebiet gezeigt. Diese liegen in der ständigen Tendenz des imperialistischen Kapitalismus in Österreich, die Lebensgrundlage der nationalen Minderheiten zu untergraben und in der Politik des imperialistischen Staates, die auf die Entnationalisierung und die Germanisierung des slowenisch besiedelten Gebietes in Kärnten abgezielt hat und abzielt. Im einzelnen wird unter anderem die Liquidierung des zweisprachigen Unterrichtes, die Wiedergründung der chauvinistischen Hetzvereine und die Beschlußfassung der beiden reaktionären Minderheitengesetze 1959 behandelt.

Gegen die Germanisierungspolitik stand von Anfang an der Kampf und Widerstand der Kärntner Slowenen. Dieser konnte, wenn auch unter ungünstigeren Umständen, an den Traditionen und Erfahrungen des antifaschistischen Krieges anknüpfen. Der Artikel faßt diejenigen Erfahrungen zusammen, die entscheidend dazu beitrugen, daß die Kärntner Slowenen und ihre Organisationen Anfang der 70er-Jahre sich von den bürgerlichen Parteien abwandten und den selbständigen Kampf gegen die Entnationalisierung und den Chauvinismus entscheidend verstärkten.

Der Artikel zeigt auf, daß eine Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für die slowenische Minderheit nur im Kampf gegen den österreichischen Imperialismus und letztlich nur durch dessen Zerschlagung in der sozialistischen Revolution möglich ist.

Im Kommunist 3/78 sind außerdem noch folgende Beiträge enthalten:

* „Zum 40. Jahrestag des 11. März 1938" (Rede bei den Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Österreichs). In diesem Beitrag werden die Erfahrungen und Lehren aus der Okkupation Österreichs durch den Hitlerfaschismus gezogen und ihre Aktualität für den Kampf gegen die beiden Supermächte entwickelt.
* „Österreichs Weg" – Dokumente aus dem Jahr 1938
* „Die sowjetische Aggression am Horn von Afrika"

Preis: S 25,-

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten 1042 Wien, Postfach 13

„Natürlicher" Gastarbeiterabbau

„Während der Wirtschaftskrise 1975 waren die Arbeitsämter und ihre Umgebung voll mit Parolen 'Tschuschen raus' etc. Das hatten damals die Faschisten gemacht. Jetzt, während der neuerlichen Verschärfung der Krise, fehlen diese Parolen. Das ist deshalb so, weil die Faschisten gesehen haben, daß die sozialdemokratische Politik ohnedies diese Linie verfolgt."

So kommentiert ein ausländischer Arbeiter die Regierungspolitik. 7½ Jahre arbeitet er in Österreich. Seit Monaten ist er arbeitslos. Er hätte schon 2 Arbeitsplätze gefunden, aber das Arbeitsamt verweigerte die Arbeitsgenehmigung. „In drei Monaten läuft mein Visum aus, dann muß ich gehen. Ich habe eine Familie mit zwei Kindern; in meinem Heimatland stehe ich vor dem Nichts."

Das ist die Wirklichkeit des „natürlichen Gastarbeiterabbaus", wie sich der Herr Minister Weißenberg ausdrückt. Tatsächlich ist die Verweigerung bzw. Nichtverlängerung von Arbeitsbewilligungen durch das Arbeitsamt gegenwärtig die Hauptmethode, wie ausländische Arbeiter massenweise abgebaut werden.

Aber die Arbeitsämter sind nicht der einzige Hebel für den „natürlichen Abgang". Der Umfang und die Willkür der fremdenpolizeilichen Maßnahmen haben in den letzten Monaten gewaltig zugenommen. 2 Beispiele:

Am Freitag, dem 10.3.78, wurde der Hilfsarbeiter Seref Turan aus der Türkei von der Fremdenpolizei verhaftet. Die Polizei hat festgestellt, daß seine Arbeitsgenehmigung gefälscht war. Am 17.3. wurde er abgeschoben. Was die Polizei nicht festgestellt bzw. untersucht hat, waren die Umstände, wie es zu der gefälschten Arbeitsbewilligung gekommen ist. In der Umgebung der Arbeitsämter halten sich häufig „hilfsbereite Herren" auf, die die Unwissenheit und Sprachschwierigkeiten der Ausländer ausnützen, und gegen ein „Trinkgeld" Behördenwege etc. übernehmen. Seref Turan hat auf diesem Wege, in gutem Glauben, um S 10.000 eine Arbeitsgenehmigung erhalten.

Der türkische Arbeiter Önder Cesur war für den 21.3.78 in der Fremdenpolizei vorgeladen. Er besitzt eine gültige Arbeitsgenehmigung, sowie ein gültiges Visum, ist aber seit einiger Zeit arbeitslos. Der Amtsrat Ullram, unter allen Ausländern verhaßt, hat sich nicht lange mit Erklärungen aufgehalten: „Was machst Du jetzt?" „Ich suche Arbeit." „Das kannst Du Dir sparen, Du fährst jetzt nach Hause!" Das war alles, dann hat er ohne jede weitere Erklärung den Paß genommen, und das Visum ungültig gestempelt. Önder Cesur hat sofort einen Rechtsanwalt mit seiner Vertretung beauftragt. In dem Bescheid der Bundespolizeidirektion, der Rechtsanwalt abgeholt hat, ist unter „Rechtsmittelbelehrung" zu lesen: „Gemäß § 28 Paßgesetz 1969 ist gegen die Ungültigkeitserklärung eines Sichtvermerkes eine Berufung nicht zulässig."

Zu den Maßnahmen der Arbeitsämter und der Fremdenpolizei kommt noch der ökonomische Druck auf die ausländischen Arbeiter, der zusehends verschärft wird.

Bundeskanzler Kreisky erklärte in einer türkischen Zeitung (Milliyet Halk Gazetesi, 21.3.78): „Wir sind ein armes Land und nicht so reich wie die Bundesrepublik; daher können wir höchstens 2,3 Monate lang Arbeitslosengeld zahlen".

Streikbewegung gegen Lohnsenkung in der BRD

Mit der Forderung nach einer Erhöhung der Löhne um 8% hat vor nunmehr vierzehn Tagen die westdeutsche Metallarbeitergewerkschaft den Streikkampf eröffnet, der in einer Urabstimmung von über 80% der betroffenen Arbeiter beschlossen wurde.

Dem Streik vorangegangen sind langandauernde Verhandlungen zwischen Gewerkschafts- und Kapitalistenvertretern über die längst abgelaufenen Tarifverträge. Unmißverständlich haben in diesen Verhandlungen die Kapitalisten ihren Standpunkt klargemacht: „Auf keinen Fall über 3,5%", oder anders ausgedrückt-Weiterhin runter mit den Löhnen! Begründet haben die westdeutschen Metallkapitalisten ihr „Nullabschluß"-Angebot (Höchstgrenze = offizielle Inflationsrate) mit ihren schweren Bedingungen im internationalen Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten - und haben bei den Arbeitern kein Gehör gefunden. Wenn auch in den Verhandlungen vor dem Streik von verschiedenen Gewerkschaftsvertretern Aussagen gemacht wurden, sie wären „mit einer Fünf vor dem Komma" bereits zufrieden, so haben die Metallarbeiter, denen der Kampferfolg der Hafenarbeiter (Kapitalistenangebot 3% - Kampfabschluß 7%) vor Augen steht, doch auf der Durchsetzung der ursprünglich geforderten 8% beharrt. Und nicht nur das - in den nördlichen Tarifbezirken der BRD ist die Forderung nach einem festen Mindestbetrag in Höhe von 8% des „Ecklohnes" (durchschnittliche Lohngruppe) aufgestellt worden und gleichzeitig gewinnt unter den Metallarbeitern die Forderung nach Streichung der unteren drei Lohngruppen zusehends an Bedeutung.

Derzeit konzentrieren sich die Streikaktionen der IG Metall auf den Tarifbezirk Nordbaden/Nordwürttemberg (Raum Stuttgart). Im 62 Betrieben stehen dort an die 85.000 Arbeiter im Streik. Darauf haben die Metallkapitalisten mit der Aussperrung sämtlicher 200.000 Metallarbeiter der Tarifbezirkes geantwortet, was die Kampffront erheblich verbreitert hat. Auch in fast allen anderen Tarifbezirken der BRD sind, nachdem die Tarifverträge längst abgelaufen sind, mittlerweile die Verhandlungen zwischen Kapitalisten- und Gewerkschaftsvertretern entweder knapp vor dem Scheitern oder bereits gescheitert, so wie in Nordrhein/Westfalen (an die 750.000 betroffene Arbeiter), in Bayern (600.000), im Nordverbund und auch bei VW (eigener Tarifvertrag für die 105.000 VW-Arbeiter). Dies hat eine ganze Reihe von Solidaritätsaktionen mit den Kämpfenden in Nordbaden/Nordwürttemberg sowie eigenständige Streiks und andere Kampfaktionen im gesamten Gebiet der BRD zur Folge.

Seit Anfang des Jahres wachsen in der BRD die Kräfte gegen die Lohnsenkungspolitik der westdeutschen Bourgeoisie. Seit dem Hafenarbeiterstreik im Februar sind die Kapitalisten nicht mehr zur Ruhe gekommen. Damit sind ihre Pläne, die verschiedenen anstehenden Lohnrunden auseinanderzudividieren und gegen die Arbeiter der einzelnen Branchen einzelne Lohnraubabschlüsse durchzusetzen, gründlich gescheitert. Gescheitert an der Kampffront der westdeutschen Arbeiter. Nach den Hafenarbeitern die Drucker, nun die Metaller und als nächste stehen die ÖTV-Bediensteten (Öffentlicher Dienst, Transport, Verkehr) auf der Tagesordnung. Am 17. März sind die „Arbeitgeber"vertreter mit ihrem Angebot herausgerückt: 3,7% und ein zusätzlicher Urlaubstag jährlich. Der Kommentar von Minister Maihöfer dazu: „Damit wollen wir dem endgültigen Ergebnis möglichst nahe kommen." Der Kommentar der Bediensteten: Die ÖTV-Forderung ist 7,5%. Solange es keinen Tarifabschluß gibt - gibt es Dienst nach Vorschrift! Daraufhin sind die Verhandlungen gleich wieder verschoben worden - bis zum 5. April. Der Staat hofft, die ÖTV-Probleme hinausschieben zu können, bis man bei den Metallarbeitern halbwegs über die Runden ist. Ob das gelingen wird? Die Metallarbeiter richten sich auf einen länger andauernden Streik ein. Wenn im Öffentlichen Dienst am 5.4. von der Regierung wieder ein Angebot unter 7,5% gemacht werden wird, muß bereits mit den ersten Kampfaktionen der ÖTV-Bediensteten gerechnet werden.

27.3.1978

Druckerstreik in der BRD beendet

Unter massiver Einmischung der westdeutschen Bundesregierung wurde am 20.3. der Streik der Drucker mit der Annahme des Verhandlungsergebnisses durch die Tarifkomission der Gewerkschaft beendet.

In den wesentlichen Punkten des Kampfes - Regelung der Arbeitsbedingungen an den neuen Bildschirmgeräten, Regelung der Löhne aller an den Bildschirmgeräten Beschäftigten konnten die Forderungen der Arbeiter nicht durchgesetzt werden.

Das Streikergebnis besteht im wesentlichen aus folgenden Punkten:

- Bei der Texterfassung sollen vorrangig Fachkräfte beschäftigt werden, deren Arbeitsplatz gerade durch die neuen Texterfassungsgeräte wegrationalisiert wurde.
- für Gestaltungs- und Korrekturarbeiten sollen 8 Jahre lang Fachkräfte, vor allem Schriftsetzer eingesetzt werden,
- die an den neuen Geräten beschäftigten Facharbeiter, erhalten eine gewisse Zeit lang Ausgleichszahlungen in der Höhe der Differenz ihres jetzigen zum früheren Lohn,
- bei Bildschirmarbeiten muß für jede einstündige Arbeit eine fünfminütige, für jede zweistündige eine fünfzehnminütige Pause gewährt werden.

Nicht erreicht wurde damit die generelle Einschränkung der Arbeitszeit (Streikforderung 7-Stundentag), nicht die Sicherung des Lohnniveaus aller an den neuen Geräten Beschäftigten, nicht die Beschränkung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten (Forderung: Nicht länger als 4 Stunden täglich).

Wesentlichen Anteil an diesem Mißerfolg hatte die Taktik der Gewerkschaftsführung, die Kampfaktionen einzig und allein auf die Setzer der Zeitungsverlage zu konzentrieren, statt alle Arbeiter der gesamten Druckindustrie in einer Front zu sammeln.

Für die Arbeiter sind also all die wichtigen Fragen weiterhin ungelöst und werden in der kommenden Zeit eine entsprechende Rolle spielen. Ruhe in der Druckereibranche haben die Kapitalisten jedenfalls nicht durchsetzen können. In Kürze werden für die Druckereiarbeiter, sowie für die Beschäftigten der Papier- und Pappeverarbeitenden Industrie die Lohnverhandlungen beginnen, für die eine Forderung von 7,5% Lohnerhöhung aufgestellt wurde.

Wahlen in Frank[...] Stimmen gegen[...] Pa[...]

Trotz merklich höherer Wahlbeteiligung als bei früheren Wahlen zeigt das Wahlergebnis politische Unruhe in der französischen Gesellschaft und eine zunehmende Abwendung vieler Arbeiter, Bauern und Angestellter von den bürgerlichen Parteien und dem Parlamentarismus.

Die Stimmabgabe von 8 Prozent der Wähler, das sind 2,3 Millionen im 1. Wahlgang für Listen, die keiner der bürgerlichen Parteien zuzurechnen sind, zeugt davon.

Die Zeitung der marxistisch-leninistischen Kommunisten, „l'Humanité Rouge", rechnet zu diesen Listen natürlich die von ihr selbst unterstützte gemeinsame Kandidatur der französischen Marxisten-Leninisten UOPDP (Arbeiter und Bauernunion für proletarische Demokratie), die Listen der radikalen Umweltbewegungen (wie etwa die der Bevölkerung von Malville) die „Ökologisten", die Feministen und Regionalisten. In vielen Wahlkreisen, in der die UOPDP nicht selbst kandidierte, rief sie zur Wahl der „Ökologisten" auf. Zu dieser Gruppe der 8 Prozent gehören aber auch die Stimmen für die „Linksextremen".

„L'Humanité Rouge" schreibt: „Wenn diese Strömung auch sehr heterogen ist, sind doch diese Wähler mit einem dikken Bindestrich verbunden, es sind Arbeiter, die ihre Forderungen und Bestrebungen hinsichtlich verschiedener Punkte — ökonomische Forderungen, Kampf gegen die Unterdrückung der Frau, der Kampf gegen die Umweltzerstörung usw. — klargelegt haben. Von der Rechten (die Regierungsmehrheit) bekämpft wurden diese auch von der „Linken" (die revisionistische KPF, die Sozialdemokraten Mitterands und die Sozialisten Favres) nicht aufgenommen. Es ist also Ausdruck ihrer ganz konkreten Erfahrungen, daß diese ihr Mißtrauen gegenüber der „Linken" zeigt haben. Und diese Strömung wächst an."

In 120 Wahlkreisen haben sich Kandidaten der UODPD zur Wahl gestellt. Erst knapp vor der Wahl gegründet, hat diese gemeinsame Wahlliste der beiden marxistisch -leninistischen Parteien PCMLF (Marxistisch-leninistische kommunistische Partei Frankreichs) und PCRML (Revolutionäre Marxistisch-leninistische Kommunistische Partei) fast 28.000 Stimmen erhalten. In diesen Wahlkreisen betrug der Prozentanteil der Kandidaten der UOPDP zwischen 0,3 und 1,2 Prozent. Hätte die UOPDP in ganz Frankreich kandidiert, hätten mehr als 100.000 Werktätige ihre Kandidaten gewählt, meint „l'Humanité Rouge".

„Die wirklichen Veränderungen erwachsen nur aus den Klassenkämpfen und Massenbewegungen, die sich unweigerlich zu Kämpfen gegen die Unterdrücker, die an der Macht sind, und die, die davon träumen, nur deren Stelle einzunehmen, entwickeln." („l'Humanité Rouge"), 14.3.)

Die wirkliche Bedeutung der 28.000 liegt darin, daß 28.000 erklärt haben, daß nur der revolutionäre Klassenkampf und die sozialistische Revolution den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus erkämpfen wird. Diese 28.000 Stimmen sind Stimmen, „die in den Kämpfen von morgen entscheidendes Gewicht haben werden."

Im gemeinsamen Wahlkampf haben schließlich PCMLF und PCRML ihre ideologische und politische Einheit fe-

eich: 2,3 Millionen die bürgerlichen eien

stigen müssen. Der Prozeß der ideologischen und politischen Auseinandersetzung ist weiter fortgeschritten: „Die Verbindung kann sich nur festigen. An einem Punkt, wo die Perspektive des Zusammenschlusses und der einzigen marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei erreichbar und nah wird."

Der 2. Wahlgang, bei dem nur noch die großen bürgerlichen Parteien kandidieren konnten, hat zwar eine klare Mehrheit der Parteien der Regierungskoalition gebracht (291 Mandate gegen 200), doch von politischer Stabilität kann keine Rede sein. Zum ersten Mal seit langer Zeit gibt es in Frankreich vier große bürgerliche Parteien, die zwischen 20 und 25 Prozent der Abgeordneten stellen, keine der beiden denkbaren Koalitionsvarianten kann sich aber in Wahrheit auch nur auf eine echte Wählermehrheit stützen. Die hohe Wahlbeteiligung darf nicht über die politische Unruhe in den Volksmassen hinwegtäuschen. Noch deutlicher vielleicht als in der neuen Kräftekonstellation zwischen den bürgerlichen Parteien, kommt dies darin zum Ausdruck, daß zwei führende Politiker der Regierungsmehrheit nicht mehr wiedergewählt wurden: der für die Unterdrükkung und Ermordung ausländischer Arbeiter verantwortliche Minister, der Schöpfer der rassistischen Ausländergesetze Stoleru und der berüchtigte ehemalige Innenminister Poniatowski.

Die KPF, die im nationalen Rahmen zwar Stimmen gewonnen hat, mußte in Arbeiterbezirken, vor allem in der „banliere rouge" (Roter Vorortegürtel) von Paris Stimmenverluste hinnehmen und brachte dort einige bekannte Parteifunktionäre nicht durch.

Die herrschende Monopolbourgeoisie Frankreichs wollte die Regierungskoalition weiter an der Regierung wissen, dazu diente auch die vor den Wahlen durchgeführte Reform des Wahlsystems, die dann auch aus dem geringen Stimmenunterschied von 1,3% 20% mehr Mandate machte. Diese Regierung ist auch weiterhin an der Macht. Bereits vor den Wahlen haben die Parteien der Rechten begonnen, den Sozialdemokraten schöne Augen zu machen, sie werden dies auch weiter tun, sie sehen darin einen Weg, der politischen Unstabilität zu entgehen und ihre reaktionäre, auf Expansion des französischen Imperialismus ausgerichtete Politik, auf breiterer Basis gegenüber dem sich entfaltenden Klassenkampf des Proletariats durchzubringen.

Patriotische Stimmenthaltung!

Unter dieser Losung riefen die Patrioten, darunter auch die Marxisten-Leninisten in den DOM-TOM, den französischen Kolonien (Martinique, Polynesien/Tahiti, Guadeloupe) die national unterjochten Massen auf, ihren Protest gegen den Kolonialismus zum Ausdruck zu bringen. Über 30% der Wahlberechtigten folgten diesem Aufruf und drückten ihren Willen, den Kampf für die Unabhängigkeit und die Befreiung vom Kolonialismus weiterzuführen, aus. Auf der Insel Martinique waren es sogar 40% und auf Guadeloupe zwischen 50 und 60%.

Auf Korsika verschaffte sich der Ruf nach dem Selbstbestimmungsrecht und nach Autonomie durch eine mehr als 30%ige Stimmenthaltung Gehör — in der korsischen Hauptstadt waren es sogar fast 50%.

UNCTAD: Entwicklungsländer fordern Verringerung der Schuldenlast

Am 12. März wurde in Genf die 9. Sondersitzung der UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung) abgeschlossen. Gegenstand der Sitzung war das Problem der Verschuldung vieler Entwicklungsländer gegenüber den entwickelten Ländern.

Im Wesentlichen ist die Verschuldung vieler Entwicklungsländer aus der Gewährung von sogenannter „Entwicklungshilfe durch die imperialistischen Länder, in erster Linie durch die beiden Supermächte, entstanden. So gewährten die Vereinigten Staaten von Amerika zum Beispiel „Hilfe" im Rahmen des sogenannten „food for peace"-Programms („Nahrungsmittel für den Frieden"). Diese „Hilfe" besteht in Darlehen, die vom Kongreß - nicht ohne politische Bedingungen zu stellen - gewährt werden. Für die Darlehenssumme dürfen ausschließlich Lebensmittel, und zwar ausschließlich von amerikanischen Lieferanten, gekauft werden. Die Preise werden von den USA diktiert. Die Darlehen müssen in voller Höhe zuzüglich Zinsen zurückgezahlt werden.

Nicht anders gehen die russischen Sozialimperialisten vor. Auch sie gewähren „Hilfe" nur im Form von Darlehen, auch sie verlangen Zinsen und verkaufen den Entwicklungsländern zu überhöhten Preisen Waren, die sie oft selbst weit unter dem Weltmarktpreis aus anderen Entwicklungsländern herausgeschlagen haben.

Die Entwicklungsländer sind auf dem Import von Industriegütern angewiesen. Während aber die Preise für Industrieprodukte in den letzten Jahrzehnten auf dem Weltmarkt sich verviefacht haben, sind die Preise für Rohstoffe beständig gesunken. Erst in jüngster Zeit - mit dem Zusammenschluß vieler Rohstoffexportierender Länder - ist dieser Prozeß etwas gebremst worden.

Die Verschuldung vieler Entwicklungsländer ist also nichts weiter als das Ergebnis ihrer Ausplünderung durch die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte. Die Forderung, die Entwicklungsländer sollten ihre Schulden auf Heller und Pfennig mit Zins und Zinseszins begleichen ist nichts weiter als die Forderung, sie sollten das Recht der Imperialisten sie auszuplündern anerkennen.

So stellte auch der chinesische Vertreter auf der UNCTAD-Sonderkonferenz Folgendes fest:

„Die imperialistischen Länder, insbesondere die beiden Supermächte, benützten jeden nur denkbaren Trick, um die Preise für Industriegüter zu erhöhen und die der Rohstoffe zu senken und vergrößerten so die Schere zwischen ihnen. Sie schritten hinterlistig zur Abwertung ihrer Währungen und verfolgten die Politik Exporte zu fördern und Importe zu beschränken, wodurch vergrößerte Exportschwierigkeiten für die Entwicklungsländer geschaffen, deren Einnahmen verringert und deren Industrie und Landwirtschaft geschädigt wurden. Sie ergriffen jede Gelegenheit, Darlehen zu harten Bedingungen zu gewähren, um die Ausbeutung und die Kontrolle über die Entwicklungsländer zu verstärken. Ihre jährlichen mit verschiedenen Mitteln erzielten Einkünfte aus den Entwicklungsländern gehen in die -zig Milliarden Dollar, einschließlich Zinsen und Profiten aus Direktinvestitionen. Jahr für Jahr war die Summe der Reichtümer, die sie aus den Entwicklungsländern raubten, weitaus größer als die Gesamtsumme der Schulden, die diese bei ihnen haben. Wer ist also schließlich in diesem Sinn bei wem verschuldet? Das ist eine Frage, die es wert ist, daß man über sie nachdenkt." (Hsinhua, 9. März 1978, eigene Übersetzung)

Die beiden Supermächte sehen sehr klar, daß sie es sind, gegen die sich der Hauptstoß der Entwicklungsländer in der Frage der Verschuldung richtet. Die US-Imperialisten versuchen den Spieß umzudrehen und werfen den ölproduzierenden Ländern vor, sie hätten die gegenwärtige Wirtschaftskrise in den westlichen imperialistischen Ländern ausgelöst. Aber hat es vielleicht keine Wirtschaftskrisen gegeben, als die Rohstoffproduzierenden Länder noch nicht in der Lage waren, sich gegen die ständig zunehmende Ausplünderung gemeinsam zur Wehr zu setzen? Durch ihr gemeinsames Vorgehen haben die rohstoffproduzierenden Länder Solidarität bewiesen und gegenseitige Hilfe geleistet.

Die russischen Sozialimperialisten schlagen eine andere Taktik ein. Ihr Vertreter mußte auf der UNCTAD-Sonderkonferenz immer wieder betonen, die Sowjetunion hätte keine Entwicklungsländer ausgebeutet und trüge keine Verantwortung für das Problem der Verschuldung. Aber was ist zum Beispiel mit dem Erdgas, das die Sowjetunion im Iran billig einkauft und in Europa um ein Vielfaches verkauft? Was ist mit den Kreditzinsen, die die Sowjetunion den Entwicklungsländern abnimmt, die sich an sie um „Hilfe" gewandt haben? Rundweg abzustreiten, was jeder sehen kann, macht die Sache auch nicht besser.

Die Sonderkonferenz der UNCTAD verabschiedete eine Resolution über das Verschuldungsproblem und die Entwicklung der Entwicklunsländer. Darin wird vorgeschlagen, daß die entwickelten Länder die Bedingungen bereits abgeschlossener Verträge über die Gewährung von Entwicklungshilfe nachträglich abändern. Gewisse Länder der zweiten Welt zeigten ihre Bereitschaft - ganz im Gegensatz zu den beiden Supermächten - den Forderungen der Entwicklungsländer, vor allem die Last für die am wenigsten entwickelten Länder zu erleichtern, nachzukommen.

In seinem Schlußwort stellte der Vertreter der VR China fest: „Die Lösung des Verschuldungsproblems stellt einen wichtigen Teil der Bemühungen zur Schaffung einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung dar und muß mit dem Kampf gegen das Monopol und die Ausbeutung der Supermächte sowie mit der Beseitigung der alten internationalen Wirtschaftsbeziehungen verbunden werden. Die chinesische Delegation unterstützt die vernünftigen Vorschläge für eine allgemeine Lösung des Verschuldungsproblems, die von den Entwicklungsländern vorgelegt wurden. Wir unterstützten die vernünftige Forderung der Entwicklungsländer nach Reduktion oder Löschung ihrer Schuldenlast und nach Erhöhung der finanziellen Hilfe für die Entwicklung."

Der Charakter der uruguayischen Gesellschaft
von P. Marineri

Diese Broschüre der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays gibt einen Überblick über die Geschichte des Landes seit der Kolonisierung durch die Spanier. Sie beschreibt die antikoloniale Revolution unter General Artigas am Beginn des 19. Jahrhunderts. Die englischen Kolonialisten und die großen Grundbesitzer berauben aber das Volk seiner revolutionären Errungenschaften und das Land wurde zum abhängigen Land — zunächst von Großbritannien, das dann durch den US-Imperialismus abgelöst wurde. Heute wird das Volk von einer vom US-Imperialismus eingesetzten Militärdiktatur geknechtet.

Die Broschüre analysiert den Charakter der Revolution in Uruguay als neudemokratische Revolution und zeigt die Möglichkeit und Notwendigkeit, diese zur sozialistischen Revolution weiterzuführen.

24 Seiten **Preis S 10,-**

PCRU-Broschüre erhältlich bei Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Plataforma del Comité austriaco de apoyo a



prensa libre

freie presse (uruguay) *Jan. 78*

Seit dem Spätherbst 1977 gibt es auch in Wien ein Unterstützungskomitee PRENSA LIBRE/Uruguay. Solche Komitees bestehen auch in Stockholm, Paris und Genf.

„Seit dem Putsch des Militärs im Juni 1973 herrscht in Uruguay der Faschismus. Er ist die Antwort des US-Imperialismus und seiner Verbündeten in Uruguay auf den Aufschwung der Volkskämpfe.

Seit damals ist die demokratische Presse verboten, alle Organisationen der Arbeiter zerschlagen, tausende Patrioten eingesperrt, gefoltert und erschlagen. Die illegale Zeitung „Prensa libre" erschien das erste Mal wenige Monate nach dem Putsch. Trotz viermaliger Beschlagnahme der Druckerei, Verschleppung der Mitarbeiter, erschien sie ununterbrochen unter den Augen der Gorillas. Prensa libre ist eine antifaschistische Massenzeitung, der gegenwärtig wichtigste Faktor für die Herstellung der Einheitsfront gegen die Diktatur. Ihre grundlegenden Forderungen und Ziele sind:

Sturz der faschistischen Militärdiktatur, Errichtung einer provisorischen, patriotischen Volksregierung, Einberufung einer konstituierenden Versammlung, allgemeine, direkte und geheime Wahlen, volle politische und gewerkschaftliche Freiheiten. Amnestie und Bestrafung der Folterknechte: Verstaatlichung wichtiger Industriezweige, des Außenhandels und der Banken, Enteignung des Großgrundbesitzes und Förderung der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelproduktion; Erhöhung der Löhne und Renten.

Nach dieser Zeitung ist auch das Wiener Unterstützungskomitee benannt; seine entscheidende Aufgabe besteht darin, das Kampfprogramm der „Prensa libre" zu propagieren und den Kampf des Volkes von Uruguay auf dieser Linie zu unterstützen.

Die erste Nummer der Zeitung des Komitees „Prensa libre" ist im Jänner 1978 erschienen. Die nächste Nummer wird Mitte April erscheinen. Preis S 5,-

Auskünfte, Anfragen, Bestellungen, Mitarbeit, Anregungen über R. Schindel, 1020 Wien, Schüttelstraße 93/14.

Gegen Neutronenbombenkampagne Breschnews: Verbot aller Kernwaffen!

Kürzlich hat Leonid Breschnew, der oberste Kriegsherr der neuen Zaren im Kreml, an alle westeuropäischen Regierungen Briefe geschickt, in denen er fordert, daß sie gegen die Herstellung der Neutronenbombe durch die USA und ihre Stationierung in Europa protestieren.

Breschnew in einem Interview am 23.12.1977:

„Derzeit wird der Welt diese unmenschliche Waffe aufgedrängt. Sie ist besonders dadurch gefährlich, daß man sie als eine 'taktische', fast 'harmlose' Waffe ausgibt. Damit versucht man, die Grenze zwischen den konventionellen und den Kernwaffen zu verwischen und den Übergang zu einem nuklearen Krieg für die Völker gewissermaßen unmerklich zu machen. Das ist eine glatte Lüge, ein Betrug an den Völkern.

Die Neutronenbombe wird nachdrücklich für eine Stationierung in Westeuropa empfohlen. Nun, es mag sein, daß jene, die weit entfernt von Europa leben, dies leicht und einfach nehmen. Doch die Europäer, die, bildlich gesprochen, unter einem Dach leben, werden vermutlich anderer Meinung sein. Es wird ihnen wohl kaum recht sein, daß dieses ihr gemeinsames Dach, das sich ohnehin schon unter dem gewaltigen Gewicht der Waffen biegt, einer weiteren zusätzlichen gefährlichen Belastung ausgesetzt wird.

Die Sowjetunion ist entschieden gegen den Bau der Neutronenbombe. Wir verstehen und unterstützen voll und ganz die Stimme der Millionen Menschen in allen Teilen der Welt, die gegen sie protestieren. Doch wenn diese Bombe im Westen entwickelt wird — gegen uns entwickelt wird, woraus keiner das geringste Hehl macht — dann muß man sich dort darüber völlig im klaren sein, daß die UdSSR kein passiver Beobachter bleibt. Wir werden vor die Notwendigkeit gestellt, auf diese Herausforderung zu antworten, um die Sicherheit des sowjetischen Volkes, seiner Verbündeten und Freunde zu gewährleisten. Im Endergebnis wird das alles das Wettrüsten auf eine noch gefährlichere Stufe heben." (Neue Zeit, 1/78)

Das „Unschuldslamm" Breschnew fordert den Verzicht auf die Neutronenbombe zu einem Zeitpunkt, wo die Sowjetunion beispielsweise ihre neuen superschweren Mittelstreckenraketen SS 20 mit Mehrfachsprengköpfen gegen Westeuropa in Stellung bringt und sich weigert, diese als strategische Waffen anzusehen, weil sie nicht bis nach den USA reichen, sondern „nur" auf das „gemeinsame Dach" Westeuropas gerichtet sind. Gleichzeitig soll der Bau der Neutronenbombe durch die Sowjetunion selbst gerechtfertigt werden: „wir werden unausbleiblich auf diese Herausforderung antworten."

Welche Bedeutung hat die Neutronenbombe für die USA und die NATO?

Die Neutronenbombe ist eine Kernwaffe, die — im Unterschied zu den herkömmlichen Atombomben mit starker Druck- und Hitzewelle — vor allem auf Grund ihrer starken Neutronenstrahlung wirkt: Diese Neutronenstrahlung durchdringt auch starke Panzer- und Betonwände und tötet Menschen auch im Inneren von Panzern, Gebäuden und noch relativ stark geschützten Bunkern. Der Strahlungsumkreis dieser Bombe beträgt etwa 4 km und im Zentrum der Explosion bleibt keineswegs alles stehen, sondern kommt es zu vernichtenden Auswirkungen der Explosion auch auf Gebäude und Produktionsanlagen. Auch ist die Strahlung nicht innerhalb weniger Stunden weg, sondern wird sie länger andauern.

Aber doch erscheint diese „Bombe mit verringerter Explosionswirkung" den USA und der NATO als Gefechtswaffe gut geeignet, um einem sowjetischen Vorstoß mit Panzerkeilen und Infanterie vernichtende Schläge zu versetzen, ohne gleich größte Gebiete der „Verbündeten" in Schutt und Asche zu legen. Sie sehen damit in der Neutronenbombe ein gutes Mittel, um die sowjetische Überlegenheit bei den konventionellen Truppen und Waffen auszugleichen. Der NATO-Oberbefehlshaber Haig meinte, die Bombe besitze „einen hohen Kampfeffekt" und biete „den politischen Führern die Möglichkeit, flexibler zu handeln".

Die USA wollen so ihre Position in der Rivalität um Europa wieder verbessern und bei den „Verbündeten" wieder größeres „Vertrauen" bekommen.

Die Kampagne der Kremlherren und ihrer Handlanger: 'Verboten muß werden, was die Sowjetunion nicht hat'!

Vor allem sollen die Volksmassen in Europa von der sowjetischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung abgelenkt und für ihre Pläne eingespannt werden. Dabei arbeiten die Propagandisten des Kreml und ihre Nachbeter mit dem Trick, die Neutronenbombe als völlig neue, an Barbarei mit nichts zu vergleichende Waffe hinzustellen.

Natürlich ist die Neutronenbombe eine schreckliche und massenmörderische Waffe. Aber sind die anderen Kernwaffen, die beide Supermächte nun aller Kraft entwickeln und die ihre Wirkung — neben der Strahlenverseuchung — vor allem in einer ungeheuren Druck- und Hitzewelle haben, etwa „zivilisierter"?

Mit der Herstellung der Neutronenbombe gebe Carter „grünes Licht" für eine neue Runde des Wettrüstens; „die heute fortschreitende Entspannung in Europa, die vielversprechenden Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West könnten einer harten Prüfung unterzogen werden", schreibt die sowjetische „Neue Zeit". Aber haben Washington und Moskau jemals das „grüne Licht" für die Aufrüstung ausgeschaltet? Ist es nicht so, daß ihre Verhandlungen nur die Aufrüstung verschleiert haben, daß die Wiener Truppenabbauverhandlungen beispielsweise so „vielversprechend" sind, daß nach Jahren und über hundert Treffen kein einziges Ergebnis erzielt wurde?

Und diese Kampagne wird unter Einsatz aller Mittel geführt: Nicht nur, daß die revisionistischen Parteien auf Hochtouren arbeiten und sich dabei vor Heuchelei überschlagen, — die Sowjetunion und ihre „Bruderländer" drohen den westeuropäischen Ländern auch mit verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen.

So forderte der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, in einem Interview mit österreichischen Journalisten, daß jeder, der an der Sicherung des Friedens interessiert sei, deutlich gegen die Neutronenwaffe Stellung beziehen müsse. Eine Stationierung der Neutronenwaffen in Westeuropa würde nicht nur „entsprechende Maßnahmen der UdSSR" hervorrufen, sondern auch eine „ernsthaft politische Belastung der gesamten Situation" mit sich bringen (vgl. „Presse" vom 13.3.78). Wenn das kein Hinweis für Kreisky ist, der demnächst in die DDR fährt, um dort Geschäfte zu machen!

Der Höhepunkt war allerdings die „Initiative" von Breschnew persönlich. Teilweise haben die Sozialimperialisten mit ihren Betrugsmanövern und ihrer Druckausübung in den westeuropäischen Ländern auch Erfolge erzielt.

Vor allem im „linken" Flügel der sozialdemokratischen Parteien verschiedener Länder haben sie Widerhall gefunden, was natürlich auch Einfluß auf die Massen ausübt. Auch bei den Regierungen haben sie mit ihren Erpressungs- und Spaltungsmanövern teilweise Erfolge erzielt, wenn auch die Intervention Moskaus im allgemeinen kühl aufgenommen und meist mit allgemeinen Friedensbeteuerungen beantwortet wurde. Die holländische SP hat sich gegen die Neutronenbombe ausgesprochen. Die holländische Regierung zeigte sich „besorgt", daß die Lagerung der Neutronenbombe in Westeuropa eine „Situation mit 'unvorhersehbaren Folgen' bringen könnte und daher 'nicht wünschenswert' sei."

Das vollständige Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen fordern!

Kreisky hat in der Antwort auf Breschnews Brief eine Stellungnahme gegen die Neutronenbombe allerdings deutlich abgelehnt. Die Bundesregierung sei besorgt über den Stand der Rüstungen in der Welt und lehne seit jeher Massenvernichtungswaffen ab. „Zu einer Stellungnahme in der Frage der Neutronenwaffen fehlten allerdings einem Land wie Österreich, ohne Gesamtüberblick über alle Aspekte der Entwicklung im Nuklearwaffenbereich die hiefür unerläßlichen wissenschaftlichen Voraussetzungen." (Wiener Zeitung 19.3.78).

Österreich sei an den Plänen zur Entwicklung und Stationierung der Neutronenbombe nicht beteiligt und die primäre Verantwortung für Fortschritte in der Abrüstung liege bei den Staaten, welche über Kernwaffen verfügten. Österreich unterstütze aber in der UNO und auf den verschiedenen Konferenzen die verschiedensten Initiativen zur Abrüstung und Entspannung.

Kreisky hat sich nicht für Breschnews Kampagne zum Verbot dessen, was die SU nicht hat, einspannen lassen, obwohl der Kreml sicher gerade auf das „neutrale" Österreich besonderen Druck ausgeübt hat. Andererseits ist die Antwort von einer Beschönigung des Abrüstungs- und Entspannungsbetrugs und vom Gedanken durchzogen, die „Verantwortung" für die Abrüstung liege vor allem bei den beiden Supermächten — und Österreich als kleinem Land fehle weitgehend die Kompetenz, hier entschieden einzugreifen.

Tatsächlich ist es so, daß die Verantwortung für das Wettrüsten bei den beiden Supermächten liegt, die fieberhaft den Krieg vorbereiten. Die Verantwortung für den Frieden und entschiedene Schritte gegen die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der Supermächte kann jedoch nur bei den Völkern und denjenigen Ländern liegen, die nicht an einem neuerlichen Weltkrieg interessiert sind. Sie müssen sich in einer Front gegen die beiden Supermächte zusammenschließen. Dazu muß der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, dem ganzen Entspannungsschwindel der beiden Supermächte und jetzt Breschnews neuer Kampagne gegen die Neutronenbombe die Forderung nach dem Verbot und der Vernichtung aller Kernwaffen entgegengehalten werden.

Red.

k

Neue Verfassung der Volksrepublik China

Die neue Verfassung der VR China, die von den 3.497 Delegierten des V. Nationalen Volkskongresses beschlossen wurde, sieht eine Reihe von Änderungen der alten Verfassungsartikel und die Aufnahme von neuen Verfassungsartikeln vor, die von entscheidender Bedeutung für den weiteren schwungvollen Aufbau des Sozialismus in China sind. Der Stellvertretende Vorsitzende Yä Djian-ying sagte dazu in seinem Bericht über die Abänderung der Verfassung: „Der Leitgedanke zur Abänderung der Verfassung liegt darin, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten, umfassend und genau der marxistisch-leninistischen Lehre der Diktatur des Proletariats und der Lehre des Vorsitzenden Mao von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats Ausdruck zu verleihen und die Linie des XI. Parteitages sowie die strategische Entscheidung - mit dem Klassenkampf als Hauptkettenglied die Angelegenheiten des Landes gut regeln - zu verkörpern, die Erfahrungen des Kampfes gegen die „Viererbande" zusammenzufassen und die Erfolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution auszubauen."

1. Förderung der sozialistischen Demokratie

Um herauszustreichen, daß die Volksmassen im sozialistischen China die Herren des Landes sind, wurde in die neue Verfassung der VR China eine Reihe neuer Aussagen aufgenommen, die die sozialistische Demokratie betonen und sie entscheidend fördern. Dies entspricht ganz den Vorstellungen des Vorsitzenden Mao, der immer wieder darauf hinwies: „In einem sozialistischen System ist es das oberste und fundamentalste Recht der werktätigen Massen, die Staatsangelegenheiten zu führen, verschiedenste damit im Zusammenhang stehende Aufgaben zu übernehmen und die Kultur und auch das Bildungswesen zu leiten. Wird den Massen dieses Recht nicht gewährt, dann kann es auch kein Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Erholung und irgendwelche anderen Rechte geben."

Damit diese Gedanken zum Tragen kommen, wurde in die neue Verfassung ein eigener Artikel aufgenommen: „Der Staat hält am Prinzip der sozialistischen Demokratie fest und gewährleistet, daß die Volksmassen an der Leitung des Staates sowie aller wirtschaftlichen und kulturellen Unternehmungen teilnehmen und die Staatsorgane und ihre Mitarbeiter kontrollieren können." (Artikel 17)

Darüber hinaus wurde die Rolle des Nationalen Volkskongresses und der lokalen Volkskongresse verstärkt und deren Funktionen entschieden erweitert, damit sie besser als Organe der Staatsmacht wirken können.

Von entscheidender Bedeutung ist auch die Erweiterung der demokratischen Rechte der Staatsbürger auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet sowie im Erziehungswesen und die Erhöhung des Lebensstandards der Massen.

Im Kapitel III der neuen Verfassung, „Grundrechte und Grundpflichten der Staatsbürger", wurde deshalb eine Reihe von Festlegungen neu aufgenommen, so z.B.:

„Die Bürger haben das Recht auf Arbeit. Um ihnen dieses Recht zu sichern, regelt der Staat nach dem Prinzip der einheitlichen Planung und die Berücksichtigung aller Seiten die Beschäftigung der Arbeitskräfte, erhöht auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion schrittweise die Arbeitseinkommen, verbessert die Arbeitsbedingungen und den Arbeitsschutz und weitet die kollektive Wohlfahrt aus." (Artikel 48)

„Die Werktätigen haben das Recht auf Erholung. Um ihnen dieses Recht zu sichern, legt der Staat die Arbeitszeit und die Urlaubsregelung fest und verbessert schrittweise die materiellen Bedingungen für die Erholung und die Wiederherstellung der Gesundheit der Werktätigen." (Artikel 49)

„Die Werktätigen haben das Recht auf materielle Unterstützung im Alter, im Krankheitsfall oder bei Arbeitsunfähigkeit. Um ihnen dieses Recht zu sichern, sorgt der Staat für die schrittweise Ausweitung der Sozialversicherung, der Sozialunterstützung, der staatlichen und der kollektiven medizinischen Betreuung sowie ähnlicher Einrichtungen." (Artikel 50)

Die „Viererbande" bekämpfte die Demokratie. Sie schwang die Fahne der Demokratie nur zu dem Zweck, die Führung der Partei und des Proletariats zu untergraben. Das zeigen ihre Aussprüche ganz deutlich: „Je größer die Unordnung, umso besser" oder „Schaltet die Parteikomitees aus, wenn ihr Revolution macht" und „Richtet die Speerspitze des Kampfes gegen die Führung". Das waren ihre schädlichen und gegen die Revolution gerichteten Parolen, die sie als Demokratie verkaufen wollten. Gleichzeitig übten sie in den Bereichen, die sie an sich gerissen hatten, eine faschistische Diktatur gegenüber dem Volk aus.

Die Erweiterung der Demokratie macht auch die Stärkung des Zentralismus notwendig. Der Stellvertretende Vorsitzende Yä Djian-ying strich dies in seinem Bericht zur Verfassungsänderung heraus: „In unserem Staat der Diktatur des Proletariats muß es beides geben: breite Demokratie und einen hohen Grad an Zentralismus. Das ist der proletarische demokratische Zentralismus. Die „Viererbande" trat nicht nur die Demokratie mit Füßen, sie unterhöhlte auch den Zentralismus."

2. Die Staatsorgane müssen den Kontakt zu den Massen verstärken

„Das Volk, und nur das Volk ist die Triebkraft der Geschichte" (Mao Tsetung). Die „Viererbande" hatte in der Durchführung der Massenlinie Verwirrung gestiftet und bei einigen führenden Kadern der Staatsorgane Unheil angerichtet. Sie hat deren Widerstände, ihre Weltanschauung vollständig umzugestalten, gefördert, sodaß die Kader nie an die Basis gehen wollten, um Erfahrungen zu sammeln, keine Untersuchungen über die Lebenslage der Massen anstellten, sich nie mit den Massen berieten, wenn Probleme auftauchten, und auch nicht an der kollektiven Arbeit teilnahmen.

Demgegenüber wurde in die Verfassung aufgenommen:

„Die Staatsorgane müssen stets eng mit den Volksmassen verbunden sein, sich auf sie stützen, ihre Meinungen einholen, sich um ihr Wohlergehen kümmern, die Verwaltung vereinfachen, strikte Sparsamkeit üben, die Effektivität erhöhen und den Bürokratismus bekämpfen." (Artikel 15)

3. Die Diktatur gegenüber den Feinden der Revolution verstärken

Die neue Verfassung hält in einigen prinzipiellen Festlegungen, die in der Verfassung von 1975 noch fehlten, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats gegenüber den Feinden ausdrücklich fest und streicht heraus, daß zu diesem Zweck auch der Staat der Diktatur des Proletariats gestärkt werden müsse.

So heißt es im Artikel 18: „Der Staat schützt das sozialistische System, unterdrückt jede landesverräterische und konterrevolutionäre Tätigkeit, bestraft alle Landesverräter und Konterrevolutionäre, die neu entstandenen bürgerlichen und die anderen üblen Elemente.

Der Staat entzieht, dem Gesetz entsprechend, den noch nicht umerzogenen Grundherren, Großbauern und reaktionären Kapitalisten die politischen Rechte, ermöglicht ihnen aber zugleich die weitere Existenz, damit sie sich durch Arbeit zu Bürgern wandeln, die die Gesetze einhalten und von ihrer Hände Arbeit leben."

Hua Guo-feng schreibt im Rechenschaftsbericht der Regierung: „Diktatur über den Feind und Demokratie für das Volk, das sind die zwei untrennbaren Seiten der Diktatur des Proletariats. Nur wenn wir die Klassenfeinde unerbittlich bekämpfen, ist gewährleistet, daß die Massen tatsächlich Herren ihrer eigenen Angelegenheiten werden. Und nur bei umfassender Demokratie für das Volk können wir die Feinde wirkungsvoll bekämpfen und das Volk tatsächlich schützen."

4. Die sozialistische Basis konsolidieren und die rasche Entwicklung der Produktivkräfte fördern

Der Schaden, den die „Viererbande" der sozialistischen Volkswirtschaft zufügte, ist gigantisch. „Die Volkswirtschaft unseres Landes als ganze stand knapp vor dem Ruin", schreibt Hua Guo-feng im Rechenschaftsbericht der Regierung an den V. Nationalen Volkskongreß. Demgegenüber ist klar, daß die Verfassung dem Kampf um den Schutz des sozialistischen Eigentums eine besondere Bedeutung beimessen muß. Nur so ist es möglich, den Einfluß der „Viererbande" restlos auszumerzen, die Unterschlagungen, Veruntreuungen am sozialistischen Staatseigentum, sowie die Untergrabung der Disziplin in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen als „Klassenkampf" ausgab.

5. Der schwungvolle Aufbau im kulturellen Bereich ist notwendig

Das Proletariat muß auch im Erziehungswesen, wie in allen Bereichen des Überbaus seine Diktatur ausüben. Die Viererbande nahm diese Weisung des Vorsitzenden Mao ständig in den Mund, um die Diktatur des Proletariats gerade in diesen Bereichen zu untergraben und in eine faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse und das Volk zu verwandeln.

Demgegenüber geht die neue Verfassung davon aus, daß innerhalb der Reihen des Volkes die ideologischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Fragen nur durch Überzeugungsarbeit, durch Kritik und Diskussion gelöst werden können und niemals Methoden der Diktatur angewandt werden dürfen. Dies kommt auch im Artikel 14 zum Ausdruck, in dem es heißt: „Der Staat garantiert die führende Stellung des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen in allen Bereichen von Ideologie und Kultur. Alle kulturellen Unternehmungen müssen den Arbeitern, Bauern und Soldaten und dem Sozialismus diesen.

Der Staat führt die Richtlinie 'Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wetteifern' durch, um die Entwicklung der Kunst und den Fortschritt der Wissenschaft voranzutreiben und die sozialistische Kultur zu entfalten."

Dokumente des V. Nationalen Volkskongresses der VR China
- Hua Guo-feng:
Bericht über die Tätigkeit der Regierung
- Neue Verfassung der VR China
-Yä Djiän-ying: Bericht zur Abänderung der Verfassung.
In: Peking Rundschau Nr. 10,11
Einzelpreis S 2,50, Jahresabonnement S 75,-.
Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien.

Österreichische China-Vereinigung nimmt erfolgreich Arbeit auf

Am Donnerstag, den 16.3., fand die öffentliche Gründungsversammlung der Österreichischen China-Vereinigung statt. Daß der Saal mit 130 Menschen übervoll war und leider sehr viele keinen Platz mehr fanden, zeigt das große Interesse im österreichischen Volk, sich über die Erfahrungen des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus zu informieren, aus ihnen zu lernen und die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern zu fördern und zu vertiefen.

Frau Dr. Kent, Obmann der Österreichischen China-Vereinigung, die in den Jahren 1938 bis 1948 als Ärztin in China tätig war, berichtete in ihrer Einleitungsrede, wie sie selbst den Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen China, in dem durch die Befreiung ein neuer, revolutionärer Geist herrschte, erlebte.

Frau Rita Zeller-Kheir, Generalsekretär der Vereinigung, sprach anschließend über die langjährigen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern sowie über die nun geplanten Aktivitäten.

Vorbereitet wird eine Vortragsserie „China selbst erlebt", die verbunden werden soll mit Vorführungen chinesischer Filme.

Geplant ist weiters eine Ausstellung zum Leben und Wirken des revolutionären chinesischen Schriftstellers Lu Hsün.

Für Herbst werden Kurse in chinesischer Sprache, in Kochen, Schattenboxen und chinesischer Gymnastik ins Auge gefaßt.

Anschließend wurde nach kurzer Einleitung der chinesische Dokumentarfilm, „Dadschai, rotes Banner der chinesischen Landwirtschaft" unter großem Applaus gezeigt.

Wegen des großen Interesses wird die Veranstaltung am 14.4. um 19.30 Uhr im Österreicherhaus, Palais Palffy, am Wiener Josefsplatz wiederholt. Im April eröffnet die Österreichische China-Vereinigung ihr Lokal in Wien VII., Sigmundsgasse 11 (Tel. 93-26-71).

Die Völker am Horn im Kampf gegen die sowjetische Aggression

Der Rückzug der Truppen Somalias aus dem Ogaden hat sich in zweifacher Weise als kluger, politischer Schritt erwiesen. Erstens wurde den russisch-kubanischen Truppen ein Vorwand genommen, nach dem Durchmarsch durch den Ogaden direkt in Somalia einzufallen, um so die alten Stützpunkte, aus denen die Sozialimperialisten hinausgeworfen wurden, zurückzuerobern. Zweitens haben sie überhaupt den Vorwand verloren, mit dem sie bisher ihre militärische Präsenz am Horn begründet haben: „die somalische Aggression".

Die Hoffnungen, die Sowjetunion würde jetzt ihre Truppen und die kubanischen Söldner abziehen, haben sich als illusionär erwiesen — aber die Sozialimperialisten verlieren immer mehr ihre Maske, ein Freund Afrikas zu sein, und ihr imperialistisches Wesen tritt klarer zutage, der Widerstand gegen ihre Politik wächst.

Äthiopien soll zu einer Neokolonie gemacht werden, die militärische Macht haben die sowjetischen Imperialisten bereits, die politische Macht versuchen sie sich durch Säuberungs- und Unterdrückungswellen im Staatsapparat und im Volk zu sichern. Den Zugriff auf die Volkswirtschaft wollen sie sich durch die durch den Krieg hervorgerufene Milliardenverschuldung des Landes und durch seine Einbeziehung in die „sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft" unter den Nagel reißen. Eine RGW-Delegation ist bereits angereist und kündigt großangelegte „Wirtschaftshilfe" an.

Den eigentlichen Zweck ihrer Aggression am Horn haben die sowjetischen Sozialimperialisten noch nicht erreicht: Flottenstützpunkte am Roten Meer. Deshalb richten sie jetzt den Hauptstoß ihrer militärischen Kräfte gegen Eritrea und versuchen hier die Hafenstädte zu besetzen und feste Verbindungen ins Innere Äthiopiens freizukämpfen. Zugleich betonen sie, daß solange „kein endgültiger Frieden mit Somalia möglich ist, als nicht die Gewähr besteht, daß alle Aggressionsmaßnahmen von seinem Boden aus beendet seien." Das heißt, sie wollen keinen Friedensschluß mit Somalia, um sich einen Vorwand für eine offene Aggression offenzuhalten und inzwischen über eine Quelle ständiger Drohung und Erpressung gegenüber Somalia verfügen zu können.

Die eritreanische Nation und ihre Befreiungsorganisationen haben sich bereits auf den Kampf gegen den neuen, noch gefährlicheren Feind eingestellt. Sie üben die Kontrolle über weite Teile ihres Landes aus und werden sich auch von den neuen Feinden nicht vertreiben lassen. Zu den Angriffen und zur Hetze in den sowjetischen und kubanischen Zeitungen gegen die eritreanische Revolution hat die ELPF erklärt, daß sie sich nicht von ihr einschüchtern läßt — auch wenn sie von früheren „Freunden" kommt.

Somalia trifft nach wie vor Vorbereitungen, um einen russisch-kubanischen Einmarsch abzuwehren. Das Volk von Somalia hat genügend Erfahrungen mit der Supermacht Sowjetunion: zuerst Ausplünderung und Unterdrückung durch diese als „Freund", jetzt Bedrohung, Erpressung, Bombardierung und Kriegsvorbereitung.

In Äthiopien selbst entwickelt sich der Widerstand der unterdrückten Bauernmassen und der nationalen Minderheiten. Auch gegen diese werden russische, ostdeutsche und kubanische Waffen und Berater eingesetzt.

Die Bemühungen der Staaten der 3. Welt, die Konflikte am Horn friedlich und ohne imperialistische Einmischung zu lösen, werden intensiviert. Der Präsident des Sudan hat nochmals die beiden Seiten, Somalia und Äthiopien aufgefordert, die Streitfragen friedlich im Rahmen der OAU zu diskutieren, er hat Äthiopien aufgefordert, der eritreanischen Nation das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren. Er hat den sofortigen Abzug der ausländischen Streitkräfte gefordert und das Treiben der Sowjetunion als Hauptursache für die schwierige Lage am Horn entlarvt. Er hat ihre Politik des Schürens von Kriegen zwischen afrikanischen Staaten, um sich selbst einmischen zu können, als verbrecherisch und imperialistisch bezeichnet.

Der Präsident von Uganda hat die Rivalität der beiden Supermächte als Hauptursache für den Konflikt am Horn bezeichnet, den Abzug der ausländischen Truppen gefordert und ist für eine innerafrikanische Lösung eingetreten. Die ELPF, eine der eritreanischen Befreiungsbewegungen, hat darauf hingewiesen, daß die sowjetische Einmischung eine neue Phase im Hegemoniekampf einleitet, und daß die russische Einmischung so auch wieder dem US-Imperialismus neue Möglichkeiten der Einmischung gibt.

Der jugoslawische Außenminister Minic, der den Sudan, Äthiopien und Somalia besucht hat, erklärte, daß eine Lösung nur innerhalb Afrikas erfolgen könne. Er setzte sich auch für den Abzug der ausländischen Truppen ein. Zugleich wies er auf die positive Rolle des Sudan für eine Lösung des Konfliktes hin.

So stärken die Staaten der Dritten Welt dem Kampf der Völker gegen die sozialimperialistische Aggression und gegen den Hegemonismus der Supermächte den Rücken. Red.

Kämpfer der ELPF haben einen russischen Panzer erobert. Im Zuge des Kampfes des eritreanischen Volkes eroberten die Kämpfer der Befreiungsbewegungen große Mengen russischen Kriegsmaterials. Mit diesem bekämpfen sie jetzt den Einmarsch der russisch-kubanischen Armee in das weitgehend befreite Land. Das Volk von Eritrea führt seit langem den Kampf um die nationale Unabhängigkeit.

Als Teil der arabischen Nation hat Eritrea eine lange, eigenständige Geschichte. Seine Bewohner bildeten frühzeitig selbständige politische Strukturen und nahmen von Anbeginn den Kampf gegen kolonialistische und imperialistische Versklavungspläne auf. Italiener, Engländer und Amerikaner versuchten das Land zu unterwerfen. 1962 annektierte Äthiopien das Land endgültig. Die US-Imperialisten, die die Hauptinteressenten dieser Annexion waren, errichteten an der Küste einen der wichtigsten Nachrichten- und Überwachungsstützpunkte ihrer Flotte. 1962 ist aber auch das Jahr der Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Die beiden Befreiungsorganisationen ELF und ELPF begannen ihren Kampf zu koordinieren und nahmen Verhandlungen über eine gemeinsame Führung der nationalen Revolution auf. Nach dem Abzug der US-Imperialisten wurde der Sozialimperialismus in wachsendem Maß zum entscheidenden Feind der Revolution.



In Mogadischu, der Hauptstadt Somalias, fanden immer wieder Protestversammlungen von Hunderttausenden gegen die sowjetische Politik statt. Und dies trotz Bombardements. Die Demonstranten trugen Tafeln mit folgenden Aufschriften: „Kubaner und Russen, geht nach Hause!" „Wir hassen Kolonialisten und deren Söldner!" „Wir hassen 'Freunde' mit zwei Gesichtern".

Die sowjetische Aggression am Horn von Afrika
Ein ausführlicher Artikel über die gegenwärtige Lage und ihre Geschichte ist in Kommunist 3/78 enthalten.
Preis S 25,-



Im Bild eine Demonstration in Paris gegen die sowjetische Aggression am Horn von Afrika. In mehreren europäischen Städten fanden bereits Protestkundgebungen und Demonstrationen statt. Dies zeigt, daß unter den Völkern Westeuropas die Klarheit über die Interessen und Pläne der Supermacht Sowjetunion am Horn wächst, und sich eine Protestbewegung dagegen formiert. Der Einsatz kubanischer und sowjetischer Truppen gegen den Kampf der eritreanischen Nation hat unter vielen antiimperialistisch eingestellten Werktätigen Empörung ausgelöst. Die italienische Metallarbeitergewerkschaft FLM hat in der zweiten Märzwoche eine Resolution gegen diesen neuen Anschlag auf die Revolution in Eritrea gefaßt.